

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einseitige Kolonialschaltung ab dem 1. April 1912 40 Pf. Tageszettel unter Zeit 1 Pf. Anzeigen für Arbeitsmarkt 15 Pf. Anzeigen für Vermittlung 15 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 79.

Breslau, Mittwoch, den 3. April 1912.

23. Jahrgang.

Gehaltserhöhung der Postbeamten gegen Liebesgaben-Beseitigung.

In der letzten Sitzung des Reichstags vor den Osterferien wurde ein wichtiger Beschluß gefaßt, für den die Verstärkung der Sozialdemokraten infolge der Neuwahlen ausschlaggebend war. Die sogenannte Ostmarkenzulage für mittlere und untere Beamten der Reichspost in der Provinz Posen und in den gemischtsprachigen Bezirken der Provinz Westpreußen wurde in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 121 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Unter den 183 Stimmen der Mehrheit entfielen auf die Sozialdemokratie 95 Stimmen, sie brachte also noch 7 Stimmen mehr auf, als die anderen Gegner der Zulage, Polen, Zentrum, Elsäßer, Welfen und der Däne zusammen. In dieser Abstimmung kommt sinnfällig zum Ausdruck, daß auch die Majorität des Bülowblocks vollständig zertrümmert ist, denn die Minderheit von 121 Stimmen setzte sich zusammen aus allen Parteien der Rechten mit Ausnahme der Nationalliberalen und Freisinnigen, also genau denjenigen Fraktionen, die bei der Sottentottenwahl von 1907 verbündet waren und damals die Mehrheit erlangt hatten.

Die Sozialdemokratie ist also jetzt in der Lage, mit den liberalen Parteien zusammen eine Mehrheit zu bilden gegen den schwarz-blauen Block, um irgend welche parlamentarischen Machterweiterungen durchzuführen, wie das schon bei der Geschäftsordnungsreform zulage getreten ist. Sie kann aber auch da, wo die liberalen Parteien in der Tradition des Bülowblocks eine chaotische Haltung einnehmen, mit Zentrum, Posen usw., eine Abwehrmehrheit bilden. Das ist am 28. März geschehen. Die Ostmarkenzulage für die Beamten der Reichspost war nach den Wahlen von 1907 bewilligt worden, weil auch die Freisinnigen, die früher dagegen gestimmt hatten, durch die Sonne der Regierungsgunst für diesen Korruptionsfonds erwärmt waren. Sie haben, allerdings mit etwas gedrückten Gefühlen, auch jetzt wieder so gestimmt. Aber die Enttarnung der Sozialdemokratie hat genügt, um den korrumptoriellen Einfluß des blauen Fatalismus in unserer öffentlichen Leben einzudämmen. Es ist wichtig das ausdrücklich festzustellen, um dem Gerücht ein Ende zu machen, als ob eigentlich durch das Ergebnis der Neuwahlen eine Veränderung in den tatsächlichen Machtverhältnissen im Reichstag nicht bewirkt sei.

Nunmehr kommt es darauf an, aus der Ablehnung der Ostmarkenzulage die weiteren Konsequenzen zu ziehen. Von unserer Seite wurde in der Sitzung am 28. März bereits erklärt, daß die Sozialdemokratie in der dritten Lesung des Etats dem Reichstag Gelegenheit geben würde, an Stelle der Zulage an die Beamten der „Ostmarken“ eine Gehaltserhöhung in gleicher Höhe für sämtliche Postbeamten der nämlichen Kategorien im ganzen Reich zu bewilligen. Der Grund für diese Anregung ist der, daß für die Postbeamten, die in den letzten Jahren bereits die Zulage bezogen haben, deren Abkündigung eine Härte sein würde, die allerdings durch die ursprüngliche Bewilligung des Korruptionsfonds verschuldet ist. Da andererseits die Gehälter der mittleren und unteren Postbeamten überhaupt sehr niedrig sind, ist deren allgemeine Erhöhung durchaus gerechtfertigt.

Dabei handelt es sich um folgendes: für die Ostmarkenzulage waren im Etat für 1912 angelegt 1.042.000 Mark. Eine gleichartige Gehaltserhöhung für alle Reichspostbeamten in entsprechender Stellung würden nach einer Schätzung auf annähernd 20 Millionen Mark hinauskommen. Die Einstellung einer solchen erheblichen Mehrausgabe in den Etat würde natürlich bedingen, daß Dedung dafür beschafft werden muß. Denn wir Sozialdemokraten stehen durchaus auf dem finanzpolitischen Standpunkt des früheren Staatssekretärs Wermuth: Keine Ausgabe ohne Deckung. Auf Pump kann man Gehaltserhöhungen nicht nehmen. Der sozialdemokratischen Auffassung würde es durchaus entsprechen, wenn man diese Dedung durch Abstriche an den Militär- und Marineausgaben zu erzielen suchte. Dagegen würde sich wohl eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien zusammenfinden. Es bietet sich aber noch ein anderer Ausweg.

Die Regierung hat bereits ihre Bereitwilligkeit zur Beseitigung der Liebesgaben an die Schnapsbrenner zu erkennen gegeben. Bei jener Liebesgaben handelt es sich darum, daß den Schnapsbrennern für eine bestimmte, limitierte Menge ihres Jahresproduktes die Steuer von 70 Mark auf 50 Mark, also um 20 Mark für den Hektoliter ermäßigt wurde. Diese 20 Mark werden jetzt die Brenner in die Taschen. Nach Aufhebung der Liebesgaben würden sie in die Taschen des Reiches fließen. Es würde daraus dem Reiche insgesamt eine Mehreinnahme von ungefähr 40 Millionen Mark erwachsen. Die Regierung plant allerdings die Verwendung dieser 40 Millionen auf die Deckung der neuen Wehrvorlage. Das braucht uns natürlich nicht abzuhalten, eine andere Ver-

wendung zu betreiben. Denn für die Aufhebung der Liebesgaben an sich werden wir unbedingt einzutreten haben. Da wir der neuen Wehrvorlage ablehnend gegenüberstehen, haben wir uns auch den Kopf nicht zu zerbrechen, wo die Regierung und die bürgerlichen Parteien Deckung für die daraus entstehenden kolossalen Mehrausgaben finden werden. Wir wollen doch einmal sehen, ob die Regierung und die bürgerlichen Parteien, so herzerbrechend über „Härte“ geklagt haben, wenn man den ostmärkischen Postbeamten die Zulage nehmen sollte, es wagen werden, die Hergabe von 20 Millionen Mark aus den ersparten Liebesgaben für die Gesamtheit der unteren Postbeamten abzulehnen.

Würden aber die Bewilligung dieser Gelder die Regierung dazu nötigen, von den Mehrkosten der Wehrvorlage Abstriche zu machen, oder aber ausserdem noch noch zu einer Erbschaftsteuer ihre Zuflucht zu nehmen, so könnte uns auch das nur recht sein.

Im Volke wird es jedenfalls allgemein Verständnis und Billigung finden, wenn die Sozialdemokratie sich bestrebt zeigt, die Härten, die für einzelne Postbeamten aus der Beseitigung der Ostmarkenzulage erwachsen, durch eine allgemeine Erhöhung der Gehälter der betreffenden Beamtenkategorien weitzumachen, und dazu die Gelder, die durch Beseitigung der Liebesgaben gewonnen werden, zu verwenden. Deshalb soll dieser Vorschlag hiermit den Genossen zur Erörterung unterbreitet werden.

Politische Uebersicht.

Die Erhöhung der Mannschafslöhning — ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie!

Als die „Nordb. Allgem. Zeitung“ in Zusammenhang mit den Wehrvorlagen eine Erhöhung der Mannschafslöhning ankündigte, wiesen wir sofort darauf hin, daß die Soldaten die ihnen zugebührte Aufbesserung der langjährigen Arbeit der Sozialdemokratie zu danken haben. Die Rücksicht dieser Bemerkung wird jetzt in ebenso erfreulicher wie für den Verfasser selbst kennzeichnender Weise durch einen Artikel bestätigt, den die „Post“ von „hoher militärischer Seite“ erhält. In diesem Artikel heißt es:

Die in der Wehrvorlage vorgesehene Erhöhung der Mannschafslöhning soll nach der einen Lesart eine Steigerung um 6 Pfennig pro Kopf und Tag, nach neueren Meldungen sogar eine solche von 8 Pfennigen aufweisen, so daß sich die Löhne in Zukunft auf 23 bezw. 30 Pfennig beziffern würden. Wer nun je die vorzügliche Kost genossen hat, die unseren Mannschaften aus den Menagelichen gereicht wird, wer da weiß, wie der Mann bei der Jagde regelmäßig (!) aufblüht und an Gewicht zunimmt, dem wird es schwer, an den großen Nutzen einer solchen Erhöhung der Löhne zu glauben, die schon die aller anderen militärischen Gewerkschaften mit allgemeiner Wehrpflicht weit übertrifft. Haben wir wirklich so viel Geld, daß wir uns eine solche schwächliche Konzeption an die Sozialdemokratie — denn weiter wäre es nichts — erlauben dürfen? Oder soll unsere Mannschafslöhning behufs vermehrter Biertrinken erhöht werden auf Kosten der Schlagfertigkeit der Armees, die allein an Artillerie-pferden um 10.000 im Frieden hin der französischen zurüchsteht, sodas durch ebensovielen Neueinstellungen von Pferden bei der Mobilmachung die Manöverfähigkeit unserer Feldartillerie in Frage steht?

Und wenn uns die Wehrvorlage diese Mezzanzahl von Pferden bringt, dürfen wir ganz unüberlegt, ja sogar schäblicherweise die Löhnungen erhöhen, bevor wir an Gegenmittel gegen die Ueberalterung unseres Offizierkorps gedacht haben? Dieser eminenten Gefahr können wir nur begegnen, indem wir es wie die Franzosen tun, schon im Frieden Kadres für die Reservegruppen des Kriegesalles schaffen. Die Vermehrung um je zwei Majors und zwei Hauptleute bei jedem Regiment wäre ein Lebensbedürfnis des Heeres, und sie wäre nicht teuer als die unter allen Umständen schädliche Erhöhung der Mannschafslöhning, die unseren Soldaten sehr überflüssige Bedürfnisse anreizt.

Der Herr Verfasser beweist durch seine Ausführungen, daß rote Streifen an den Hosen nicht immer mit Noblesse der Gesinnung verbunden sind. Er will den Proletariatsöhnen, die in der Armee dem Vaterland dienen, den ihnen gereichten dürftigen Winken wieder vom Munde wegziehen, um damit Pferde und Majors zu jüttern!

Wie die Pferde darüber denken, wissen wir nicht. Die Majors hätten aber alle Ursache, die ihnen zugebührte Wohltat sich höflichst zu verhalten. Schon aus Gründen der politischen Klugheit. Denn der erwünschten Königskreuze der Soldaten kann es unmöglich von Nutzen sein, wenn man ihnen wieder nehmen wollte, was die Sozialdemokraten für sie erkämpft haben und was der König durch seine Regierung ihnen verspricht.

Die Gegensätze im Zentrum

werden wieder beleuchtet durch eine Versammlung, die im Kreise des Grafen Oppersdorff stattfand. Dort sprach der Verbandssekretär Dr. Fleischer, einer der Führer der katholischen Arbeitervereine, die auf der Seite der Koerent-Oppersdorffschen Richtung stehen. Fleischer behandelte in seinem Referat auch die Vorgänge in der Zentrumskaktion, die zu dem Ausschluß des Grafen Oppersdorff geführt haben. Er erhob schwere Vorwürfe gegen den Fraktionsvorstand, von dem er meinte, wenn die Fraktionsmehrheit den Mat-

gehabt hätte, sich auf die Seite Oppersdorffs zu stellen, dann hätte der ganze Fraktionsvorstand sich die Tür von außen ansehn können. Es sei eine schwere Krise im deutschen Katholizismus ausgebrochen.

Der Kampf um die Liebesgabe.

Die Spiritus-Zentrale hat, gleich nachdem bekannt wurde, daß die Liebesgabe aufgehoben werden solle, den Spiritus um 8 Mk. pro Hektoliter erhöht. Diesem Beispiel ist der Hefeverband gefolgt, der den Preis der Hefe um 5 Mk. pro Zentner in die Höhe trieb. Den verteuerten Spirituspreis müssen die Verbraucher tragen; die Erhöhung der Preise für Hefe belastet zunächst die Bäcker. Diese werden die Belastung natürlich in irgend einer Form auf ihre Kunden abwälzen suchen. Hinter dem Hefeverband stehen die Hefebrennereien, die keinen Spiritus zu Trinkzwecken verkaufen dürfen, weil bei ihnen die Hefe das Haupt-, der Spiritus aber das Nebenprodukt ist. Ihren vergällten Spiritus liefern sie an die Spiritus-Zentrale. Daraus ergibt sich die enge Interessengemeinschaft, die zwischen den beiden Syndikaten besteht. Dieser standlosen Preistreiber der Spiritusproduzenten will die Regierung anscheinend entgegenstellen. Wenigstens darf man das daraus schließen, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die von der Spiritus-Zentrale kürzlich vorgenommene Preiserhöhung hat die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise von neuem auf die Tatsache gelenkt, daß die Spiritus-erzeugung des laufenden Jahres infolge des Minderertrages der letzten Kartoffelernte erheblich unter dem Durchschnitt bleibt. Angesichts dieser Tatsache wird dem Verbraucher nach in den Kreisen des Bundesrats erwoogen, in welcher Weise durch Anwendung der im Branntweinsteuer-gesetz gegebenen Mittel eine Mehrerzeugung angeregt, einer etwaigen Spiritusknappheit und dem übermäßigen Ansteigen der Branntweinpreise entgegenge-wirkt werden könnte. In erster Linie soll eine Erhöhung des Durchschnittsbrandes und eine Veranschaulichung der Ver-gällungsstärke für vollständig und unvollständig vergällten Branntwein in Betracht kommen. Beschluß in diesem Sinne dürften schon in wenigen Tagen vom Bundesrat gefaßt werden.

Wenn auch der Durchschnittsbrand erhöht wird, so ist noch keineswegs sicher, daß die Brauer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen. Denn die Spiritus-Zentrale hat das größte Interesse daran, die Produktion möglichst einzuschränken, um die Preise desto rücksichtsloser in die Höhe treiben zu können. Eine Senkung der Spirituspreise wäre nur durch eine wesentliche Herabsetzung der Zölle auf Spiritus zu erreichen. Das wäre der einzige Weg, durch den das Monopol der Spiritus-Zentrale gebrochen werden könnte. Diesen Weg wird die Regierung aber nicht betreten; dazu ist der Einfluß der Schnapsbrenner zu groß. Unter den momentan obwaltenden Umständen können die Schnapsprofite nur geschmälert werden durch den konsequent durchgeführten Schnapsbott.

Östliche Wahlpraktiken.

Im Wahlkreise Labiau-Wehlau wurde kurz vor der Stichwahl einer Anzahl Arbeiter von den Konservativen Geld angeboten, um sie zu bewegen, konservativ zu stimmen und für die konservative Kandidatur zu agitieren. Gegen eine Reize dieser Stimmenkäufer ist Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Königsberg erstattet worden. Nun scheinen ja die gesetzlichen Bestimmungen über Wahlstimmenkauf dem Laien durchaus klar und verständlich. Aber das scheint wohl nur so, denn die Staatsanwaltschaft in Königsberg hat bisher nicht vermocht, einen der konservativen Gesetzesverleger zu fassen, und wegen Stimmenkaufs der Verurteilung zuzuführen. Die Verfahren wurden durchgängig eingestell, mitunter mit Begründungen, die gar nicht uninteressant sind. So heißt es in der Antwort der Staatsanwaltschaft auf die Anzeigen gegen den Gemeindevorsteher Walter in Dettmitten wegen Stimmenkaufs:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Der Beschuldigte hat vor der Reichstagsstichwahl mit dem Arbeiter Friedrich Fetschuhn darüber gesprochen, wie dieser und seine sozialdemokratischen Parteigenossen in der Stichwahl wählen würden, ihm auch zugeredet, für den konservativen Kandidaten zu stimmen und unter seinen Parteigenossen in gleichem Sinne zu agitieren. Er hat ihm dabei eine Vergütung von 4-5 Mk., die nach der Wahl gezahlt werden sollte, in Aussicht gestellt (!!). Nach der Behauptung des Beschuldigten sollte dies eine Vergütung für die gewünschte Agitationsarbeit Fetschuhns sein, während Fetschuhn (also der Zeuge!) die Sache so aufgefäht hat, daß ihm das Geld für den Fall zugesagt sei, daß er selbst entweder seine Stimme dem konservativen Kandidaten gebe oder sich der Abstimmung enthalte. Ob das eine oder das andere zutrifft, kann dahingestellt bleiben. . . .

Gewöhnlich wird auf die beeheten Zeugenaussagen vor Gericht sehr großer Wert gelegt, und der größte Teil der Verurteilungen stützt sich auf solche Aussagen. In diesem Falle allerdings wurde die Ansicht des Zeugen nicht weiter gewürdigt, denn sonst hätte das Verfahren kaum eingestellt werden können. Auf die andere Anzeige wegen Stimmenkaufs, die gegen den Gutsherrn Schneller in Schellen gerichtet war, schreibt der Staatsanwalt:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Der Beschuldigte hat seinem Kammerer Kubrau vor der Reichstagsstichwahl 100 Mark gegeben (!!), seiner Behauptung nach aber nicht

im Hinblick die Wahlstimme rüchraus zu kaufen, sondern zu dem Zwecke, daß Kührau unter den anderen Leuten zugunsten des konservativen Kandidaten agitieren und etwaige Unzulagen, die ihm dabei entstünden, von dem Gelde decken. Nach der Bekundung Kühraus hat der Reichsbildung ihm bei der Gelegenheit auch weitere zehn Mark in Aussicht gestellt, für den Fall, daß er mit dem Agitieren bei den anderen Leuten Erfolg haben sollte, diese also wirklich den Oberst a. D. v. Wollmuth wählen würden. Das Jagen oder Gewähren einer Vergütung für agitatorische Tätigkeit ist nicht strafbar. Selbst wenn Kührau — wie es augenscheinlich in der Absicht des Reichsbildung lag — das Geld teilweise dazu verwendet hätte, den anderen Leuten im Gasthause Getränke zu bezahlen, um sie dort zusammenzubringen und mit ihnen von der Wahl zu sprechen, wäre darin Stimmentausch und Unterstützung dazu noch nicht zu finden.

Die ostelbischen Junker müssen, wie man sieht, verflucht schlaue Kerle sein, daß sie mit solcher Eleganz um die Klappen des Strafgesetzbuches herumkommen. Alle anderen bilden sich ein, sie hätten Stimmentausch getrieben, die Staatsanwaltschaft aber, die objektive Behörde der Welt, muß feststellen, daß von Stimmentausch gar keine Rede sein kann, daß sie nur die Agitation bezahlt haben, und das ist nicht strafbar. Natürlich auch nicht, wenn die königstreuen Junker Sozialdemokraten werden, um gegen Bezahlung für sie zu agitieren und für sie zu stimmen.

Die Angst vor der Erbschaftsteuer.

Eine nicht uninteressante taktische Schwenkung haben die Agrarier vollzogen. Solange die „Gefahr“ bestand, daß die Erbschaftsteuer zugleich mit den Wehvorlagen wieder zum Vorschein kommen könnte, war ihnen keine Dank lang genug, um die „Deckungsfrage“ darauf zu schieben. Seitdem aber Herr von Bethmann in der tagenunspinnenden Ministerkonferenz seinen Rückzug vollzogen hat, kann es ihnen mit der Deckung nicht schnell genug gehen. So hat die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Meinung von vorgestern total vergessen und behauptet nun fröhlich und fröhlich:

Wir haben in in er die Meinung vertreten, daß die Vorlagen über die Verstärkung unserer Wehrkraft und über die Deckung der Kosten gleichzeitig und zusammen beraten werden müßten. Wir haben uns mit aller Entschiedenheit dagegen erklärt, daß die Wehvorlagen einerseits und die Deckungsvorlagen andererseits von verschiedenen Behörden ausgenommen würden. Wir haben es für notwendig erachtet, daß man beide Vorlagen miteinander verbinde und als einheitliche Ganze behandle. Von diesem selbstverständlichen Standpunkte aus würden wir es aufschärfte bekämpfen müssen, wenn man sich damit abfinden wollte, daß die Deckungsvorlage zunächst unter Dach und Fach gebracht und die Entscheidung über die Deckungsvorlage bis zum Herbst vertagt werde. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, glauben wir, das nochmals mit aller Deutlichkeit betonen zu sollen.

Der Zweck der Uebung ist klar! Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß genau, daß für die Sozialdemokratie Wehvorlagen und Erbschaftsteuer als Ganzes unannehmbar sind, daß aber für die Erbschaftsteuer an sich, zumal wenn sie später in Verbindung mit der Abschaffung einer drückenden indirekten Steuer auftritt, sehr wohl eine Mehrheit mit Hilfe der Sozialdemokratie zu bilden ist.

Die Agrarier sind schlau, am Ende zu schlau! Denn schließlich kann es auch die Sozialdemokratie nur richtig finden, daß die Parteien, die die Reichsausgaben in sinnloser Weise vermehren, dann auch die „Deckungsfrage“ lösen. Und je schlechter diese Lösung ausfällt, desto besser ist es für sie. Einmal eingeführt, verliert die Erbschaftsteuer ihre agitatorische Wirkung. Solange sie als Geißel eines Erbschlagenen im Lande umgeht, wirkt sie sich täglich neue Räher.

Roerens Rücktritt. Ein Verzicht auf Ehren und Aemter aus Gründen der Ueberzeugung wirkt immer sympathisch. Wer indes annehmen wollte, Herr Roeren habe einen Rücktritt vollzogen, weil er mit der durch und durch reaktionär gewordenen Zentrumsparthei nicht mehr an einem

Tisch sitzen wolle, der kennt Herrn Roeren nicht. Was ihn zur Mandatsniederlegung veranlaßt, ist nicht die Haltung der Zentrumsparthei in der Frage der Erbschaftsteuer, nicht ihre Anhänglichkeit an die ostelbischen Junker, nicht ihre Streikbrecherpolitik beim letzten Bergarbeiterstreik. Sondern was Herr Roeren vom Zentrum trennt, das sind die bekannten Meinungsverschiedenheiten über den konfessionellen Charakter der Partei. Die dem liberalen Janatier ist das Zentrum nicht genug katholisch und nicht genug päpstlich. Herr Roeren geht nicht, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Sein Austritt aus den Fraktionen des Reichstags und des Landtags hat vielmehr nur den Sinn, daß er sich durch ihn aus den Fraktionsfesseln lösen und die Arme freimachen will für den Kampf gegen die „Bachemiten“. Das geht aus seiner Rücktrittserklärung deutlich hervor. Die „Köln. Volkszeitung“ folgert aus dieser Erklärung sicher nicht mit Unrecht, daß eine Verschärfung des Nichtungstretts in Aussicht steht. Sie schreibt:

Herr Roeren scheint also den Kampf für die Definition der Dierdienstagkonferenz außerhalb der Fraktion fortsetzen zu wollen. Daß er das als Mitglied der Fraktion nicht länger tun kann, stellt er selber fest. — Durch das Ausschließen des Hrn. Roeren wird die Lage jedenfalls sehr vereinfacht. Es ist bedauerlich, daß es soweit kommen mußte.

Für den kommenden Dierdienstag ist nun bekanntlich eine neue Konferenz in Aussicht genommen, der man im Zentrum nicht ohne Beklemmung entgegensehen wird. Für das Zentrum hat das Osterfest aufgehört, ein Fest der Freude zu sein. Außerhalb der schwarzen Partei wird man aber den Ausgang des Bruderstreites ohne Furcht und Hoffnung abwarten dürfen. In früheren Zeiten mochte die Richtung der Dierdienstagleute in gewissem Sinne als die reaktionäre erscheinen. Heute gibt es in Verfassungs- und Arbeiterfragen aber zwischen Bachemiten und Roeren-Bitterleuten nicht den geringsten Unterschied mehr. Das einzige, worin sich die beiden Richtungen für den Außenstehenden sichtbar unterscheiden, ist der Umstand, daß die Strengkerikalen auf den Schwindel verzichten, den Charakter des Zentrums als konfessionell katholische Partei zu bestreiten. Und so haben sie vor den Bachemiten die größere Ehrlichkeit voraus.

Vom künftigen Strafgesetzbuch. Ist vom Reichsjustizamt eingesehene Strafrechtskommission ist in der Beratung der Vorschläge des Vorentwurfs bis zum dritten Abschnitt des besonderen Teils, der von den Verbrechen und Vergehen gegen die Unverletzlichkeit des Staatsoberhauptes handelt und künftig die Ueberschreitung der Majestätsbeleidigung“ tragen soll (§§ 115 bis 117), gekommen. Die Vorlage wurde im wesentlichen abgelehnt. Eine sachliche Änderung liegt in der Erreichung der Bestimmung des Vorentwurfs, wodurch die Majestätsbeleidigung als Ehrenverletzung strafbar bleibt, wenn die für die Majestätsbeleidigung geltende kurze Verjährungsfrist von sechs Monaten abgelaufen ist. Die Strafanordnung für Majestätsbeleidigung ist dieselbe geblieben wie im Vorentwurf, mit der Maßgabe, daß die Haft durch Einschließung ersetzt wurde. Die Vorchrift über Tätslichkeiten gegen den Kaiser und andere Fürstlichkeiten (§ 115) ist sachlich unverändert übernommen. Die Strafdrohung ist dagegen geändert worden; neben Zuchthaus und Einschließung ist dem früher mitgeteilten Verbot entsprechende Gefängnis vorzuziehen; bei milderen Umständen wird neben Einschließung auch Zwangsarbeit angeordnet. Die Höchstdauer der Zuchthausstrafe ist bei Tätslichkeiten gegen Mitglieder eines bundesfürstlichen Hauses auf 10 Jahre festgesetzt worden.

In dem vierten Abschnitt (Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, §§ 118 bis 122) sind grundsätzliche Änderungen gegenüber dem Vorentwurf nicht zu verzeichnen. Zu § 118 (Einberufung geistesgebender Versammlungen und ihrer Mitglieder) ist klargestellt, daß auch die Senate der freien Hansestädte den Strafschlag genießen sollen. Die Wahlbeistellung (§ 121) soll strafbar sein, nicht nur, wenn Vorteile gewährt, versprochen oder angenommen werden, sondern auch dann, wenn sie lediglich angeboten oder gefordert werden. Das Unterschlagen der Verhinderung oder Vereitelung der Wahlhandlung soll schlechthin strafbar sein, die Störung dagegen in Uebereinstimmung mit dem Vorentwurf (§ 122) nur, wenn der Täter böswillig handelt. Die Vorschriften über Wahlfälschung, Wahlbeistellung und Wahlstörung sollen auf alle Wahlen zu geistgebenden Versammlungen und zu öffentlichen Körperlichkeiten sowie zu staatsrechtlichen Behörden anwendbar sein. Bei Wahlfälschung und Wahl-

beistellung soll das Verbot die Befugnis haben, dem Täter das aktive und passive Wahlrecht in öffentlichen Angelegenheiten sowie die Ausübung anderer politischer Rechte auf die Dauer von fünf Jahren abzusprechen.

Die Vorschriften des fünften Abschnittes (§§ 123—125) über Verbrechen und Vergehen gegen ausländische Staaten sind im wesentlichen beibehalten. Bei einer Geländeübertragung (§ 124) ist das Antragsrecht dem Abtretungsstaat übertragen worden. Ferner ist in dem § 123 (hochverräterische Handlungen) ein neuer Absatz eingefügt worden, wonach Verleumdungen und Züchtelungen, die gegen ein fremdes Staatsoberhaupt während seines Aufenthalts im Inlande begangen werden, auch ohne daß die Gegenfeitigkeit verbürgt oder ein Strafvermerk gegen sie, verfolgt werden können. Bei Verletzung des sechsten Abschnittes über den Widerstand gegen die Staatsgewalt wurden einige mehr formelle Änderungen vorgenommen, ebenso bei den Bestimmungen über Gefangenenerlöschung.

Die Erben Erben. Wie fortschrittliche Blätter melden, wird den Trägerischen Landtagswahlkreis (Bezirk II) der durchgefallene Reichstagsabgeordnete Mugdan und den Reichstagswahlkreis Jever-Barel der andere durchgefallene Reichstagsabgeordnete Wier erben. Die offizielle Aufstellung der Weiden soll demnächst erfolgen. Es ist eine direkte Verfindigung am alten Träger, wenn man seinen Kreis ausgerechnet Herrn Mugdan, dem ärgsten Scharfmacher im Freisinn ausliefern will.

Reichskanzler von Bethmann soll seine Reise nach Korku zu Wilhelm II. voraussichtlich erst Mittwoch antreten. Seine ursprüngliche Absicht, schon am Montag nach Weidnisch abzureisen, wo er am 6. von der „Kolberg“ abgeholt wird, hat der Reichskanzler mit Rücksicht auf dringende Geschäfte aufgeben müssen. — Der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling ist nämlich in Berlin eingetroffen.

Gefahren auf dem Westweg. Der Ostmarkenverein hat zur Bekämpfung der Voten einen besonderen Fonds geschaffen, den Ostmarkenschlag. In den Beständen dieses Schlags scheint aber bedenkliche Ebbe zu herrschen, denn der Ostmarkenverein greift zu einem Mittel, das sonst nur von Kellamehlern angewendet zu werden pflegt. Er hat nämlich eine Briefverteilung hergestellt, die er zum Preise von 2 Mk. pro Hundert Stück anbietet. Die Auflage wird vermutlich nicht erheblich hoch bemessen sein, denn bei jeder Absendung eines Briefes 2 Pf. für den Ostmarkenverein zu opfern, dürfte auf die Dauer auch den eingetragenen Postämtern zu viel werden.

Rußische Brunnenvergiftung. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Unter der Ueberschrift „Die Kaiserreise“ bringt die „Nowoje Wremja“ einen Leitartikel, in dem unter anderem ausgesprochen wird, daß die russische Vermittlungskaktion an Berlin scheiterte, da der Widerstand der Türkei für Deutschland nötig sei. Die Bemerkung verdient tiefer gehängt zu werden. Wer einigermaßen die diplomatischen Vorgänge der letzten Zeit verfolgt, dem muß das Unsinnsige solcher Behauptungen in die Augen springen. „Nowoje Wremja“ weiß auch selbst, daß sie Unsinns behauptet. Für sie handelt es sich um gewohnheitsmäßige Brunnenvergiftung gegen die deutsche Politik, und dazu ist ihr jedes Mittel recht.

Kirchliche Messen für Zentrumsblätter. In dem „Freie Zentrumsblätter“ ist, wie die „Deutsche Vereinigungs-Korrespondenz“ Nr. 13 mitteilt, zu lesen:

Freitag, 23. März. Morgen findet in unserem Orte eine Brief-Agitation statt, zu Beginn der katholischen Blätter. In den h. Messen um 7 1/2 und 10 1/2 Uhr wird ein Vater eine besondere Ansprache halten. Nach der letzten h. Messe versammeln sich die Vertrauensleute aller katholischen Vereine im Gesellenhause zur Entgegennahme der Listen.

Als ein Gottesdienst für die Zentrumsblätter. Abonementsquittungen dieser Art Presse sind dann Eintrittskarten in den Himmel. Und das nimmt sich heraus, jeden, der heiliger und enstker über die Religion denkt, als religionslos zu beschimpfen.

Die nationalliberale Jugend war am Sonntag in Frankfurt a. M. versammelt. Der Vorstand des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, der dort seine Sitzung abhielt, beschäftigte sich mit den Beschlüssen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei. Es wurde aufschärfte beurteilt, daß der Zentralvorstand, ohne mit den Leitern der jugendliberalen Bewegung Rücksprache zu nehmen, einen Beschluß gefaßt habe, der eine Durchföhrung dieser Bewegung darstelle. Die nationalliberale Jugend werde sich aber dadurch nicht wanden machen lassen und auch fernerhin die Politik Wassermanns unterstützen. Vor dem allgemeinen Delegiertentag der Partei soll noch ein Vertretertag der nationalliberalen Jugend stattfinden.

Das amtliche Organ des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen schreibt zu der Vorgängen in der Berliner Sitzung des Zentralvorstandes: „Die Operation, die der Vertretertag vornehmen soll, ist nicht so einfach. Sie kann auch in der Partose vorgenommen werden. Die Partei muß sich klar sein, daß es ihr vielleicht ans Leben geht, oder doch mit der Gefahr eines unaußhaltbaren Zerfalls zu rechnen ist. Denn

Der Bogt von Snyt.

Erzählung von Theodor Ragg.

„Sei! weiter, Lorenz Lebe“, sagte der Kapitän. „Nachdem wir zurückgekehrt sind“, las der Pfarrer, „und der gewöhnliche Gang unseres Lebens wieder begonnen hat, haben wir so mehr Zeit uns daran zu erinnern, wie groß und vielen Dank wir Ihnen schulden. Es bedurfte wahrlich nicht der Mahnungen, die meine Tochter oft an mich ergoß, um mir zu beweisen, wie sehr und wie dauernd ich Ihnen verpflichtet bin, und wie es an mir ist, jede Gelegenheit auszunutzen, Ihnen dies deutlich zu machen. Sie wissen, Herr Lorenz, daß ich die Gattin und Jüngel ungenau lieb gewonnen habe, und welche hohe Meinung ich von den Frieren hege. Das Sumpfer auf Eißfall wird mir eben so unversöhnlich sein wie die romantischen Studien, welche mir Ihre Freundschaft verschaffte. Was ich meinen Freunden davon erzählt, trägt den Anstrich des Wunderbaren und erregt die allgemeinste Aufmerksamkeit. Ich begreife vollkommen, wie schwer es einem Eingeborenen werden muß von allen diesen Herrlichkeiten zu lassen, und wie tief die Liebe zur Heimat bei Ihnen wurzelt. Indes auch das Leben will seine Rechte und vor das Leben im Staate für sich gewöhnt hat, kann es nicht in enge Grenzen dauern. Nun wird es Ihnen bekannt sein, lieber junger Freund, daß unsere väterlich genante Regierung sorgsam darauf bedacht ist, die tüchtigsten und fähigsten Köpfe nach Kopenhagen zu ziehen, um sie dort für den Staatsdienst auszubilden und zu verwenden. Ich spreche Ihnen nicht von den Vorteilen, welche dies nach allen Seiten gewährt und von der staatsmännischen Farsicht dieser Beschöme. Sie sind zu wichtig, um die Bogt darin nicht genau zu erkennen und mit vollem Bewusstsein Ihre Entscheidung zu fassen. Jede jeder wo er bleibt, jede jeder wie ers treibe! Sie wissen, was wir einst behandelten. — Um nun zur vollen Befriedigung zu kommen, sage ich Ihnen nur, daß ich mit einflussreichen Freunden gesprochen, Sie empfohlen und gemäßigten Bürgergeist geleitet habe. Ihre Anstellung in der deutschen Kanzlei ist gesichert. Lassen Sie daher von meinem Anbieten Gebrauch machen zu können, so antworten Sie nicht, sondern kommen Sie ohne alle Högernng hierher. Caroline ist der Ueberzeugung, daß Sie kommen, so bin ich es denn auch, und in der frohen Erwartung Sie recht bald selbst zu sehen, spare ich mir alles Weitere auf und vermitte meine Grüße und besten Wünsche mit denen meiner Tochter. — Ihr treu ergebener Baron Gammeworden.“

beendigt hatte, „Ihr und bestimmt ausgedrückt und eine mächtige Zukunft an die Hand gemalt.“

„Dänische Wunderteil!“ marmelte der Kapitän.

„Sagt es nicht, Gebatter, sagt es nicht“, fiel der Pastor ein. „Aber, was da gefürchtet steht, ist wahr. — Wer steigen will, wer ein Mann im Staate werden will, muß nach Stopenbagen auf die hohe Schule. Hilt der Ergeiz hier im Lande zu gar nichts, da drüben aber ist er angebracht; darum laßt Jens seinen Weg gehen. Ist mancher kleiner Adokat dort schon Graf und Minister geworden, hat Orden und Sterne auf seinen Rock gesteckt, gerade da, wo beim hummen Volke das Herz zu sitzen magt, und statt eine Bauerndirne heimzuführen, hat ein stolzes Fräulein ihm die Hand gereicht.“

Bei diesen Worten sah sich Lorenz Lebe um und nickte Jens zu, der rasch seine Kleider gewechselt hatte und zurückgekommen war.

„Es freut mich“, sagte er, „daß Sie meinen Entschluß billigen. Er ist gefaßt, weil es so sein muß. — Es tut mir weh, Mutter, und auch der Vater sehr streng aus, aber ich kann's nicht anders. — Jeder Mensch folgt seiner Bestimmung, die kein Schicksal ist. Ich bin nicht dafür geschaffen, jetzt schon in meinem stillen Hause auf der Part zu wohnen, in seinen einsamen Freunden mein Glück zu finden. Es laßt mich denn gehen, bis ich mit vollem Bewusstsein erkenne, daß ich nach Snyt zurückkehren muß.“

„Nun war es denn“, fragte der Kapitän, sich zu ihm wendend, „als Du mir sagtest, daß Dein Ankergrund niemals am Dersund sein würde?“

„Ich weiß“, erwiderte Jens, „ich habe gesagt und sage es noch. Aber Ihr habt den Brief gelesen, der mir ein Zulußt eröffnet, die ich nicht zurückstoßen kann. Ich werde trotz dessen nach Kopenhagen gehen.“

„Und ein Däne werden!“ rief Lorenz Lebe. „Das heißt ein Mann von seiner Bildung, ein Mann im Staate, der das Gros wachsen hört. Das! Jens, zieh die Stirn nicht zusammen, mein Kind, niemand weiß besser, als ich, wie Du denkst und fühlst, und niemand verachtet es Dir weniger, als ich, wenn Du Vaterland und Freunde aufgibst, um bei Jakob ein Rahei zu dienen. Sieh aber genau zu, daß sie Dich nicht betrügen, daß Du die See nicht dafür bestoimmst.“

„Glaubt und meint was Ihr wollt“, sagte Jens stolz, „ich kann's nicht hindern und nicht ändern; aber ich werde ein Frierer bleiben und meinem Vaterlande wähen, seine Rechte schützen und fördern; das wird meine Aufgabe sein.“

„Zuoberst“, sprach der alte Lorenz, indem er ernsthaft den Finger an die rote Nase legte, „lerne läpeln und Komplimente drescheln, denn darin besteht die Kunst, dänisch zu reden.“

„Doch ich sehe“, fuhr er fort, „es ist mit dem künftigen Herrn Minister kein Spaß zu treiben. Laßt ihn gehen, Gebatter, und gebt ihm Euren Segen. Es war ein unkluger Gedanke von Euch, seinen Ergeiz in ein freies Haus sperren zu wollen. — Weder das Haus genügt ihm, noch Hanna Verstehen. Ist es nicht so, Jens?“

„Es ist so“, erwiderte dieser. „Hanna wird glücklicher sein ohne mich.“

„Ich glaub's“, rief der alte Mann, „aber ob Du es sein wirst ohne sie, das ist die Frage.“

„Du bist zufrieden, Vater, wenn ich gehe?“ sagte Jens.

„Ein Mann muß wissen, was er tut“, erwiderte der Kapitän. „Steh zu, wie weit Du kommst. Habe es wohl anders gemeint, aber immer ist hier Deines Vaters Haus.“

„Und meiner Mutter Herz“, rief Jens, ihre Hände fassend.

„O! mein Sohn, mir ist so bang um Dich“, sagte die Frau mit nassen Augen. „Muß es denn sein? Bedenke es nochmals, Jens. Alles, was dänisch ist, ist falsch. Daß Dich nicht verlorren, glaube ihnen nicht; sie werden Dich betrügen, wie sie uns alle betrogen haben. Hanna ist gut, sie liebt Dich; denn, was wir leiden.“

„Es muß sein, Mutter“, sprach Lorenz. „Ein Mann muß wissen, was er tut.“

„Wahs!“ rief Lorenz Lebe, „nicht gewankt und nicht gewichen. Und nun stoht an auf den Herrn Minister und setz Glück!“

Eine Woche später war Lorenz in Kopenhagen. — Es war ein schöner Tag, als das Schiff, mit dem er gekommen, an der Drei Kronen-Batterie vorüber in den Hafen fuhr. Jenleits lagen in hellem Sonnenglanze ausgeredd die gelben schwedischen Riffen. Eine Menge Schiffe aller Art, die allen Nationen gehörten, kamen mit vollen Segeln aus dem Sund herauf und feuerten in die blauen Wellen der Ofise. Das Meer war von ihnen bedeckt und der wunderbare Anblick auf See und Land hatte alle Passagiere des Schiffes, die nach und nach meist von den Inseln im Vorbeifahren aufgenommen waren, auf das Deck gelockt. — Durch die Öffnung zwischen der Drei Kronen-Batterie und den langen Dämmen der Festung konnte man tief in den Hafen sehen, wo hinter der Bollbrücke die ungeheuren Masten der antarken Kriegsflotte herborragten; der Außenhafen war dagegen ziemlich leer an stauffahrten, aber oben auf den Bastionen der Festung standen viele gepuzte Leute, denn dieser schöne Spaziergang war der Sammelplatz der feinen Welt Kopenhagens und unter den Bäumen herbor schollt Ruft dem Schiffe entgegen.

was man auch gegen den Jungliberalismus sagen möge: er hat der Partei Kräfte zugeführt, die abzustehen um so weniger rätig sind, als mit ihnen nicht nur die Jungliberalen abgetrieben werden, sondern alle die, ob jung ob alt, im ganzen mit ihm eines Sinnes sind, und das sind sicherlich weit mehr, als die Antragsteller vermuten. Das sind ungefähr alle die, die sich zur Volkst. Wassermaas bekennen.

Ausland.

Zwei sozialdemokratische Arbeiterkammeranträge.

Das österreichische Abgeordnetenhaus, dessen überlegene Mehrheit kürzlich in der Kartellfrage die Vorzüge des Zweierwahlgesetzes zunichte gemacht hat, ist nun auch einmal den Vorschlägen positiver Arbeit, die ihm in reicher Fülle von unseren Genossen zuströmen, wenigstens einmal ein Stückchen weit gefolgt. Weit gefolgt hat es freilich mit der bürgerlichen Sozialpolitik auch diesmal nicht. Der erste Antrag betraf die Lohnzahlung im Bergbau. Da die reichen Gesellschaften im Ost- und Westkarwiner Revier (Mähren) und in Estersdorf sich an dem kümmerlichen Lohn ihrer Arbeiter noch bereichern, indem sie ohne Rücksicht auf den Lohn nur monatlich auszahlen, lag schon dem vorigen Parlament ein sozialdemokratischer Antrag auf Verpflichtung zu wöchentlichen Zahlungen vor, der nicht erledigt wurde. Jetzt hat der sozialpolitische Ausschuss vorgeschlagen, wenigstens die vierzehntägige Auszahlung vorzuschreiben. Unsere Genossen blieben bei ihrem ursprünglichen Vorschlag, den Genossen einar fachkundig begründete. Er wurde jedoch abgelehnt und der schwächere Ausschussantrag angenommen. Auch die christlich-sozialen und deutschnationalen Arbeitervertreter halfen den Rothschild und Konsorten, wenigstens nach eine Woche mit dem Lohn ihrer Grubenknechte zu arbeiten. Ebenso wurden abgelehnt der Antrag der Fraktion: Die Regierung aufzufordern, unentgeltlich in die Verhandlungen zwischen Bergwerksarbeitern und Bergwerksbesitzern einzugreifen und die Bergwerksbesitzer unter Zwangsmaßnahmen einzusetzen und die Bergwerke lebenden Menschen zur vollständigen Erfüllung der Forderungen der Arbeiter zu verhalten, sowie ein Antrag der christlichen Separatisten: die Regierung aufzufordern, eine Enquete über die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter zu veranstalten und bis spätestens Ende 1912 eine Vorlage betr. Einführung von Mindestlöhnen zu unterbreiten. Auch ein Antrag auf Errichtung von Berggerichten nach Art der Gewerbegerichte und Rechtsverbindlichkeit der in Tarifverträgen vereinbarten Mindestlöhne, den Genossen Keger begründete, fiel. In allen Fällen wußten die christlichen und nationalen Arbeiter, zu welchem Zwecke man sie hat wählen lassen. Das einzige, wozu die bürgerlichen Parteien sich aufschwingen, war die Annahme einzelner Teile aus jenen Anträgen: Veranstaltung einer Enquete über die Mindestlohnfrage und Errichtung von Berggerichten. Weiter wurde die Regierung aufgefordert, zwischen den Bergwerksbesitzern und den Arbeitern zu vermitteln.

Der zweite Antrag betraf die Unfallversicherung der Bauarbeiter. Da der Verwaltungsgerichtshof in der Frage der Versicherungspflicht wechselnd, zuletzt aber dahin entschieden, daß die Versicherung sich nur auf Arbeiten am Bau selbst erstreckt, war schon vor Jahren von unseren Genossen beantragt worden, die Ausdehnung auf alle Arbeiten, auch auf Bauhöfen, in Werkstätten u. auszusprechen. Erst jetzt kam die Sache zur Erledigung. Auch hier wieder dahin entschieden, daß für eine Reihe Gewerbe: Anstreicher, Glaser, Anstaltler, Tischler, Schloffer, Bengerler, nur die Arbeit am Bau versichert ist, sobald die Erretterung des Schutzes schließlich fast nur noch den Zimmerern zugute kommt. In dieser Fassung wurde er angenommen, der ursprüngliche, als Mindestlohnantrag imgebrachte sozialdemokratische Antrag wieder abgelehnt. Da die Regierung ihr Einverständnis erklärte, erwartet man auch vom Herrenhause keine Schwierigkeiten mehr, sobald wenigstens diese beschiedenen Verbesserungen Gesetz werden dürften. Die Geschichte jener Anträge zeigt, wie schwer Erledigungsaufgaben unsere Abgeordneten im Parlament zu vollbringen haben, und am Ende des Grades ihrer Mühen gründen sie am Eigentum der Besitzinteressenten scheitern zu sehen.

Der Kaiser von Oesterreich wollte abtanzen. Eine sehr aufrichtige Geschichte wandert durch die bürgerliche Presse, die sich am vorigen Freitag während der Audienz des ungarischen Ministerpräsidenten in Schönbrunn zugetragen hat. Danach hat Kaiser Franz Josef sofort sich mit Rücktrittsgebanten getragen für den Fall, daß der Konflikt wegen einer vapternen Resolution über eine Frage des Meerweins nicht behoben wird. Ein dem Ministerpräsidenten vom Kaiser überreichtes Hand schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Hocherzog Graf Khuen-Hedervary!

Mit diesem Bedauern habe ich die Meinungsverschiedenheit hinsichtlich meiner Mir durch das Gesetz gewährleisteten Herrscherrechte wahrgenommen, welche Sie und Ihre Ministerkollegen zur Einreichung Ihrer Demission bewegen hatte. Während der ganzen der segensreichen Wiederherstellung des konstitutionellen Lebens folgenden Zeit meiner Regierung habe ich sorgsam über die Aufrechterhaltung des Gesetzes und der verfassungsmäßigen Ordnung gewacht.

Die Nation ist im ungeführten Besitz ihrer gesamten konstitutionellen Rechte, darunter auch des Rekrutenbewilligungsrechtes, und nichts liegt mir ferner, als dessen Verletzung oder Einschränkung.

Andererseits aber muß ich an jenen Mir durch den Gesetzentwurf XVIII. er 1888 übertragenen Herrscherrechten festhalten, auf Grund welcher ich die in diesem Gesetze erwähnten Reservisten und Ersatzreservisten einberufen oder zurückbehalten kann, wenn besondere Verhältnisse dies erfordern.

So wie es Mein entschließener Wille ist, die verfassungsmäßigen Rechte der Nation unverehrt zu erhalten, mit eben solcher Entschiedenheit muß ich meine konstitutionellen Herrscherrechte unverletzt bewahren, und vermag ich Reinen Herrscherpflichten nur dann nachzukommen, wenn ich diesen Reinen zweiseitigen Beruf gleichzeitig erfüllen kann.

Vertrauensvoll fordere ich die Nation auf, es Mir zu erleichtern, dieser Meiner Aufgabe in einer mit Reinem Gewissen vereinbarlichen Weise gerecht zu werden und hierdurch die Fortsetzung der auf dem Einverständnis des Königs und der Nation basierenden konstitutionellen Arbeit zu sichern.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ veröffentlicht über die Audienz folgende Einzelheiten.

Als Ministerpräsident Graf Khuen über seine Verhandlungen in der Reservistenfrage referierte, erklärte ihm der Monarch folgendes:

„Sie wissen, daß ich, der ich seit 60 Jahren herrsche und 45 Jahre lang gekrönter König von Ungarn bin, immer aufrichtiger konstitutioneller Gesinnung war und die verfassungsmäßigen Rechte des Landes immer respektiert habe. Auch über den wirtschaftlichen Aufschwung und das Emporblühen Ungarns habe ich mich immer aufrichtig gefreut. Ungarn hatte nie einen besseren Freund, als ich es war. Trotzdem will man jetzt plötzlich meine Herrscherrechte antasten und sie beschränken, und man tritt Mir mit Rücktrauen entgegen. Wenn die Resolutionsfrage nicht beseitigt wird, so bleibt Mir

Sie kennen ja die Verhältnisse — nichts anderes übrig, als ...“

Hier machte der Monarch eine Handbewegung, welche auf den Ernst seiner persönlichen Entschlüsse folgend lieh.

Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary unterbrach den Monarchen mit einem lauten Ausrufe: „Gott verhüte!“ Der Monarch sagte hierauf weiter:

Das ist nicht der Moment für Sentimentalitäten. Das ist einmal so, und ich spreche nach reiflicher Überlegung. Damit müssen Sie rechnen. Wenn Sie das nicht wollen, so muß die Resolutionsfrage aus der Welt geschafft werden, und zwar muß das rasch geschehen, es muß gleich geschehen.

Auf diese ersten Worte des Monarchen, welche den Grafen Khuen-Hedervary tief erschütterten, veranlaßte der Ministerpräsident, daß sämtliche ungarischen Minister nach Wien berufen wurden, um den Standpunkt der ungarischen Regierung in der Resolutionsfrage dem des Monarchen anzupassen. Darauf ist es zurückzuführen, daß das Communiqué über die Audienz davon sprach, daß die ungarische Regierung vor ersten Entschlüssen lieh.

Man muß sich vergegenwärtigen, was für ein Gewächs die Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses ist: ein Produkt des elendesten Wahlprivilegs, der schmutzigsten Korruption, des gemeinsten Schwindels, und auch mit ihr in Gegensatz zu geraten, wird als eine so unermessliche Sache gewertet! Man meinte und man versicherte es auch, bei der Krone werde der Entschluß reifen, diese Mehrheit durch eine kräftige Wahlreformbewegung zu zerschmettern, und nun vernehmen wir, daß man schon bereit war, ihr zu weichen!

Bei der Audienz am Freitag waren nur zwei Personen anwesend: der Kaiser und Ministerpräsident Khuen-Hedervary. Daß die Schilderungen in den Wältern nicht vom Kaiser veranlaßt worden sind, wird man wohl als sicher annehmen können; sie stammen also ohne Zweifel von dem Grafen Khuen, obwohl sich solche Vorgänge in Gemäßheit der bestehenden Übung der Öffentlichkeit naturgemäß entziehen. Manche werden finden, daß die Erzählung zu sehr die Absicht verfolge, Khuens Mühsal zu verherrlichen — der Held ist erst zurückgewichen, als er Franz Josef für Oesterreich-Ungarn retten mußte — um nicht deshalb einige Zweifel zu erregen. Daß man eine solche Mitteilung in die Welt setzt, um einer Regierung die parlamentarischen Schwierigkeiten zu erleichtern, ist jedenfalls recht charakteristisch für die österreichisch-ungarischen Verhältnisse.

Großbanken und Münchordnen in Frankreich. Man weiß, daß die Eingliederung der Güter der ungeschlichen Orden in einen lächerlich winzigen Betrag ergeben hat. Neben Unterbringungen der Liquidatoren ist das hauptsächlich auf die Schenkungen, Scheingeschäfte und sonstige Manöver zurückzuführen, durch die sich die Orden der Durchführung des Gesetzes entzogen. Aus dem Berichte des Vorsitzenden der Untersuchungskommission des Senats über die Durchführung der Liquidation des früheren Ministerpräsidenten und Hehebers des Gutzwiller-Gesetzes, Combes, geht nun hervor, wie stark bei jenen Machenschaften die Großbanken mitgewirkt haben. So sagt er von dem Credit Foncier, der große Hypothekensbank, die das Monopol des Bodencredits hat und deren Vorsteher von der Regierung ernannt werden: „Aus den Aussagen der Finanzinspektoren geht mit absoluter Gewißheit hervor, daß der Credit Foncier in mehreren Fällen mit nicht anerkannten Orden verhandelt hat, sei es durch Vermittlung von Zwischenpersonen oder gar direkt. So hat er mit den Jeuitten Kongane und Savoty, mit fünf Dominikanern verhandelt. In diesem Fall hat der Credit Foncier willentlich das Gesetz verletzt. (Verwegung.) Er hat Vereinigungen, die gesetzlich nicht existieren, als tatsächlich vorhanden und fähig zur Aufnahme von Anleihen behandelt. Selbst Staatsanleihen, hat er den Staat zum Narzen gehalten.“ — Die Liebe zwischen Großkapital und Kirche ist gegenseitig. Und daß sie, unter einer Decke stehend, auf Staat und Volk pfeifen, wenn es ihnen paßt, wird nicht Wunder nehmen. Deren „Heiligkeit“ ist wie alle anderen Heiligkeiten für die guten Gläubigen geschaffen.

Das Ergebnis der belgischen Gemeindevahlen vom 15. Oktober ist nun mit Ausnahme von 88 Gemeinden ermittelt. Danach haben die verbündeten Antiklerikalen die Mehrheit in 19 Gemeinden und 46 Sitze verloren, aber 105 Gemeinden und 666 Sitze gewonnen; ein Gewinn von 92 Gemeinden und 666 Sitzen, ein prächtiges Vorzeichen für die Generalabrechnung bei den Kammerwahlen vom 2. Juni.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Klerikaler Fanatismus.

Welche Stimmung gegen die Protestanten in der Grotzenberger Gegend herrscht, wo bekanntlich Pfarrer Otto den Klerikalen „Greiff“ herausgab, zeigt ein anonymes Brief, den Frau Bauerquitsbesitzer Lorenz in Krumbitz, Kreis Löwenberg, erhielt und dessen Wortlaut folgender ist:

Du evangelischer Hund!
Nach Dich raus aus unserm Dorfe, unsere Kirche sollst Du führen. Das Rehernet wollen wir schon räumen. Die Mutter Gottes muß weinen; sogar auf unserm Gottesacker bringt ihr, nichts ist Euch heilig. Doch wir wollen Euch Hleuen schon heimleuchten, auf einen grünen Zweig sollst Du nicht kommen. Also befinne Dich; mach Dich fort oder — Du sollst noch etwas erleben, doch dann zu spät. Neben der Kirche dulden wir Euch Kezer nicht.
Ein eifriger Anhänger der Mutter Gottes!

Kurze Zeit nach dem Empfang dieses Briefes brannte in einer Nacht das Wohnhaus, die Stallungen und die Scheune der Frau Lorenz mit sämtlichem Inventar total nieder.

Die Sprache des anonymen klerikalen Briefschreibers ist bezeichnend für die Art, wie der Klerikal-„Greiff“ seine getreuen Schäflein anführt.

Krauschens-Döschwitz, 1. April. Gemeinde-Vertreter wählen. Innerhalb kurzer Zeit fanden in unseren 8 Gemeinden Groß-Krauschens, Klein Krauschens und Looswitz die Wahlen zur Gemeindevetretung statt. Wir hatten in jeder Gemeinde Kandidaten aufgestellt, die auch sämtlich den Sieg davontrugen. Es wurden folgende Genossen gewählt: In Groß-Krauschens Oskar Jensen in der 2. Alfred Kobelt in der 3. Abteilung. In Klein-Krauschens Reinhold Günther in der 2. und Richard Anders in der 3. Abteilung. In Looswitz Ernst Weniger und Wag Schütz in der 3. Abteilung. Hier ist es uns noch nicht gelungen in der 2. Abteilung Fuß zu fassen, weil diese Wählerklasse nur von Liberalen gebildet wird. Wir haben also in jeder Gemeinde zwei Vertreter durchgebracht. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in jeder Gemeinde beträgt: Groß-Krauschens vier, Klein-Krauschens fünf und Looswitz vier. Graußen es liegt nun an uns, so viel wie möglich tätig zu sein. Wenn wir auch noch nicht anschlagenend sind, so können unsere Vertreter doch viel dazu beitragen, daß in den Gemeinde-Vertretungen eine arbeitserkundliche Politik getrieben wird. Halte darum jeder fest an der Partei, und lese jeder die Parteipresse, damit immer mehr Aufmerksamkeit in die arbeitende Bevölkerung

Engine, Kreis Trebnitz, 2. April. Im Netze von Brande. Bei der Gemeindevetretewahl wurde Genoss Ernst Scholz gewählt. Damit hält der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in das hiesige Dorparlament. Trotz aller Gegenanstrengungen.

Schweidnitz, 2. April. Ein konservativer Majestätsbeleidiger. Wegen Majestätsbeleidigung hielt sich der Tonarbeiter Gustav Kramer aus Vertholdsdorf im Kreise Strieg u zu verantworten. Am 18. Dezember fand im „Partwigischen Gasthause“ in Vertholdsdorf eine konservativ-händlerische Wählerversammlung statt, an der auch der Angeklagte teil nahm. Nach dem Referat, das ein Wünderhäuptling zum besten gab, wurde infolge mangels einer Diskusstion die Versammlung geschlossen. Einer der Teilnehmer meldete sich zum Wort, das aber nicht mehr erteilt werden konnte; da die Versammlung, wie bereits angeführt, schon geschlossen war. Darüber regte sich der Angeklagte auf und er machte seinem Aerger durch einige drastische Bemerkungen Luft. Später begab er sich in die Gaststube und wußte infolge des genossenen Alkohols prahlte er, Soldat gewesen zu sein, schwadronierte dann über Krieg und Militär, um dann schließlich mehrere beleidigende Äußerungen gegen Wilhelm II. zu richten. Trotz des Zeugens des Angeklagten wurde er durch die Reuegenausagen der Beleidigung überführt. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Zu der Verhandlung waren 14 Zeugen, alles Teilnehmer der Versammlung, geladen, von denen der größte Teil die beleidigenden Äußerungen gehört haben wollte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er, der Angeklagte Sozialdemokrat sei, antwortete dieser: „Nein, ich bin konservativ!“ Der Vorsitzende scheint also in erster Linie die Sozialdemokraten für Majestätsbeleidiger zu halten, aber abgesehen davon, war diese Frage durchaus unzulässig, denn es muß dem Gericht gleich sein, welcher politischen Partei solch ein Sünder angehört. Diese Frage wurde übrigens dem ganzen Reuegenapparat vorgelegt, doch konnte keiner darüber Auskunft geben.

Janer, 2. April. Ein schwerer Unfall ereignete sich Montag Morgen auf dem hiesigen Bahnhof. Der 23-jährige unverheiratete Hilfsrangierer Tizner aus Schöps, der um 8 Uhr seinen Dienst angetreten hatte, geriet um 6 Uhr beim Rangieren eines Gülluges infolge verfehlten Abbrumms unter die Räder. Das eine Bein wurde überfahren und zermaimt. Nach Auflegung eines Nothverbandes wurde der Schwerverletzte nach dem Kreiskrankenhaus überführt, wo die sofortige Amputation des verletzten Beines erfolgen mußte.

Breslauer Schlachtwirtschaft. Amtlicher Bericht über den Kleinviehmarkt am 1. April. Der Marktloß betrug: 72 Rinder, 1651 Schweine, 802 Kälber, 918 Schafe. Tabak-Verkaufungsbilanz: 3 Rinder, 15 Schweine, 18 Kälber. Ueberflüssig vom vorigen Markte waren: 11 Rinder, 26 Schweine, 25 Kälber.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm:

Bezeichn.	Bezeichn.	Schlachtgewicht:
I. Rinder. A. Cäsen:		
Wollschaf, ausgewählte Ochsen höherer Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ausgew.)	45-43	78-83
Wollschaf, ausgewählte, im Alter von 4 bis 7 Jahren	42-45	78-83
Junge, fleischige, nicht ausgewählte u. ältere ausgewählte	38-40	72-80
Wollig gewählte junge, gut gewählte ältere	36-31	68-69
B. Bullen:		
Wollschaf, ausgewählte Ochsen höherer Schlachtwerts	46-49	78-83
Wollschaf, ausgewählte Bullen	40-44	73-80
Wollig gewählte junge, gut gewählte ältere	35-37	63-66
C. Kalben und Lämmer:		
Wollschaf, ausgewählte Ochsen höherer Schlachtwerts	44-48	76-83
Wollschaf, ausgewählte Bullen höherer Schlachtwerts, bis zu 3 Jahren	40-44	74-81
Keinere ausgewählte Kühe und wenig gut gewählte		
junger Kühe und Kalben	35-38	70-76
Keinere gewählte Kühe und Kalben	27-31	57-65
Keinere gewählte Kühe und Kalben	26-22	58-55
D. Gemeng gewähltes Jungvieh (Bullen):		
II. Kälber:		
Doppelender feinerer Wollschaf		
Keinere Wollschaf		
Mittlere Wollschaf und beste Saugkälber	63-70	109-121
Geringere Wollschaf und gute Saugkälber	55-59	95-102
Berliche Saugkälber	43-47	80-94
III. Schafe. A. Fleischschafe:		
Wollschaf und jüngere Fleischschaf	37-42	72-82
Keinere Wollschaf, geringere Fleischschaf und gut gewählte junge Schafe	30-35	63-73
Wollig gewählte Hammel und Schafe (Wetzschafe)	23-29	55-66
B. Wollschaf:		
Wollschaf		
Geringere Wollschaf und Schafe		
IV. Schweine:		
Wollschaf, Schweine über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 360 Pfund) Lebendgewicht	57-60	71-
Wollschaf, Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	56-59	72-77
Wollschaf, Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	54-57	71-74
Wollschaf, Schweine bis 60 Kilogr. (120 Pfund) Lebendgewicht	50-53	67-71
Fauen und geschlachte über	48-52	62-68
Wollschaf, Schweine über 120 Kilogr. (240 Pfund) Lebendgewicht	60-62	73-76

Der Beschäftigung war mittelmäßig und besser. Verkauf nach Zweck: 9 Rinder, 18 Kälber, nach Mittel- und Niederrhein: 8 Schweine. Ueberflüssig vom vorigen Markte: 12 Rinder, 7 Schweine, 2 Kälber, 55 Schafe. Von den Schweinen wurden verkauft: 1 Stück zu 68 Mk., 1 zu 65, 1 zu 64, 21 zu 63, 20 zu 62, 67 zu 61, 169 zu 60, 139 zu 59, 286 zu 58, 265 zu 57, 194 zu 56, 92 zu 55, 110 zu 54, 69 zu 53, 23 zu 52, 31 zu 51, 45 zu 50, 11 zu 48, 10 zu 47, 4 zu 46 Mk.

Fröhliche Ostern!

Jasmata Cigaretten für die Festtage!

Jasmata Dubec 2 1/2 Pfg.

Elmas 3-5 Pfg.

Unsere Marine 2 Pfg.

1. Beilage zu Nr. 79 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 3. April 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. April.

Geschichtskalender.

3. April.

- 1789 Der Schriftsteller Washington Irving in New York.
- 1897 Der Komponist Johannes Brahms in Wien.
- 1905 Der Bildhauer und Maler Constantin Meunier in Brüssel.

Abchluss der Statberatung.

Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung noch eine volle Sitzung mit der Beratung der Einzel-Stats zugewandt hatte, kam sie am gestrigen 1. April endlich zur Verabschiedung des ganzen Haushaltsplanes für das Jahr 1912. Die sozialdemokratische Fraktion, die im vergangenen Jahre dem Etat unter einer sachgemäßen Begründung zugestimmt hatte, nahm diesmal den entgegengesetzten Standpunkt ein und motivierte ihren Schritt durch folgende vom Genossen Löbe abgegebene Erklärung:

Meine politischen Freunde müssen dem vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 1912 ihre Zustimmung versagen. Die Verhältnisse, die uns im Vorjahre veranlassen, unsere Stimmen für den Etat abzugeben, treffen in diesem Jahre nicht zu. Die Verweigerung der aus den Mitteln aller Steuerzahler erbauten und unterhaltenen Turnhallen für die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Turnvereine stellt eine Rechtskrummung dar und wir können die Zustimmung nicht geben, der einem Teile der Breslauer Bürger die Gleichberechtigung verweigert. Das Werk der kommunalen Arbeitslosenversicherung ist im vergangenen Jahre nicht von der Stelle gerückt und die Wahl der eingesetzten Studienkommission hat erst vor einigen Wochen vertagt werden müssen, weil die liberalen Gruppe noch immer keinen Vertreter für die Kommission gefunden hat. Während zurzeit sehr erhebliche Mittel aufgewendet werden, um einem vorübergehenden Ausbildungsbedarf zu dienen, weigert man sich, den zehnten Teil dieser Summen zur Verringerung der Not unverschuldet Arbeitslosen bereitzustellen. Eine solche Finanzgarantie kann die Zustimmung der sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht finden und wir sind gezwungen, deshalb den Etat in diesem Jahre abzulehnen.

Eine Weile schien es, als ob ein Stadtverordneter der Rechten — freilich aus anderen Motiven — sich der Statsablehnung anschließen, doch stellte sich das nachträglich als ein Versehen des Stadtverordneten Seyde heraus, der an den vorhergehenden Debatten beteiligt war. Der Magistrat hatte bekanntlich eine Herabsetzung der Kommunalsteuerzuschläge um 6 Prozent vorgeschlagen, der Statsausschuss aber mit Stimmengleichheit, bei der die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gab, empfohlen, noch zwei Prozent herunterzugehen. Diese Freundlichkeit gegenüber den Steuerzahlern ist aber eine sehr eigentümliche. Sie wird gelebt in der bestimmten Voraussetzung, daß man im kommenden Jahre die Zuschläge um so mehr wird steigern müssen, wenn die Ausgaben, Deckung erheischen, die jetzt schon für die Jahrvortausstellung gemacht werden. Die Stadtverordneten Mich, Mugdan und Seyde stellten dies der Versammlung vor, aber die Bezirksvereinsrichtung war doch zu stark, als daß ihre Argumente eine Mehrheit gefunden hätten. Genosse Löbe bezeichnete diese „Steuerherabsetzung“ etwas herb als absichtliche Täuschung der Steuerzahler, aber selbst wenn keine Absicht dahinterstehen sollte, wird sich die Operation als eine tatsächliche Enttäuschung für die Steuerzahler erweisen. Vor-

läufig aber stimmten von 61 Stadtverordneten 38 für Herabsetzung um 8 Prozent.

Eine Reihe von Einzelstats riefen noch ziemlich umfangreiche Debatten hervor. Beim Haushaltsplan für das Feuerlöschwesen tadelte Stadtverordneter Scholz den übertriebenen militärischen Drill, der bei unserem Korps üblich ist, und der sich sogar bis zu Firtelanzereien wie den militärischen „Burschen“, dem Postenstehen und ähnlichen für die Feuerlöscherei entbehrlichen „Dienstleistungen“ fortsetzt. Redner bezeichnete die 48 stündige ununterbrochene Dienstzeit und die gegenwärtige Ablosungsform, sowie die Arbeiten, die in der sogenannten „dienstfreien“ Zeit geleistet werden müssen, als dringend der Reform bedürftig und verwies auf die Fortschritte in anderen Städten. Herr Stadtbaurat Birch, der die schöne Gewohnheit hat, in seinen Resorts stets alles in bester Ordnung zu finden, hielt den militärischen Drill für nötig und kann selbst im Zeitalter des Telefons die „Ordnungen“ für die Feuerwehroffiziere nicht entbehren, höchstens die Unzulänglichkeit der Wach- und Schlafräume gab er zu.

Lebhafter wurden die Auseinandersetzungen beim Etat der Straßenbeleuchtung, als Stadtverordneter Genosse Müller II für eine bessere Beleuchtung des Königsplatzes, Stadtverordneter Scholz für die Klosterstraße, Stadtverordneter Schönlender für die Schuhbrücke eintrat. Bürgermeister Trentin mahnte ganz sänftiglich, man möge doch solche Einzelfragen nicht in der Plenarsitzung und bei so später Statberatung erwähnen, sondern in der Kommission. Stadtverordneter Reiffner unterstützte diese Bitte unter Hinweis auf die Geschäfts-lage. Das war dem Herrn Hauptmann a. D. und Stadtverordneten Scholz von den Konservativen schon zu viel, und mit der üblichen Forderung schauzie er los, daß er sich keine Vorschriften machen lasse. Als Stadtverordneter Reiffner bedauerte, kein Verständnis gefunden und sich somit an ein „untaugliches Objekt“ gewendet zu haben, lieferte Herr Scholz gleich den Beweis, daß die Grammatik bei ihm nicht so sicher sitzt, als das schauzie; in einer wilderregten Verwechslung von Subjekt und Objekt schmetterte er in den Saal, daß er sich „solche Unverschämtheit“ verbitte. Er erhielt einen Ordnungsruf, den er mit großer Mäßigkeit entgegennahm.

Im allgemeinen aber wurde die Mahnung zur Kürze befolgt. Als Stadtverordneter Zimmer in der Neupfandung seiner Wünsche über die Arbeiterverhältnisse im Hofen für die nächsten Deputationsitzungen ankündigte, erscholl lautes Bravo! Die Herren brauchen unsere Vertreter nur in alle Deputationen wählen, dann werden sie öfter zu solchen Bravos Ursache haben.

Etwas länger beschäftigte sich das Kollegium jedoch mit dem Etat des Stadttheaters und zwar spielte zwischen Klappstühlen und Foherausmittlung, Rauchplage und Wassergeld auch die Frage der finanziellen Sanierung wieder recht deutlich in die Debatte hinein. Wenn die Anzeigen nicht trügen, dann beständen sich schneller als wir glauben die warnenden Prophezeiungen unserer Fraktionsredner, daß die dilettantische Behandlung der Theaterfrage durch die von den Herren Bujakowski und Dettlinger geführte Mehrheit zu einer Katastrophe und zu ganz anderen Opfern der Stadt gegenüber dem Theater führen müßten. Wie gesagt, es scheint, als sei dieser Tag heute schon gekommen, da aber der Magistratsvertreter, Stadtrat Dr. Perls, in sorgsam abgewogenen Worten die augenblickliche Besprechung für wenig zweckdienlich hielt und eine neue Vorlage für die nächsten Wochen an-

kündigte, so muß sich die Deffenlichkeit bis dahin bescheiden.

Außer den Statsvorlagen kam noch der Preistarif für elektrische Energie zur Abstimmung, dessen Erledigung die Obstruktion der Rechten am letzten Donnerstag unmöglich gemacht hatte. Ehe sich noch die Antragsteller Gärtner II und Dr. Bujakowski eingefunden hatten, nahm der Vorsitzende diesen Streitabsatz vor, und unter Ausschaltung der Hauptinteressenten kam der Tarif zur Erledigung. Auf Antrag Mühlbach wurde der Kraftpreis allgemein von 20 auf 18 Pfg. herabgesetzt und auf Antrag Sternagel-Haase die Sperrstunden im Mai und August abgeschafft. Am Donnerstag soll nun ein halbes Hundert anderer kleiner Vorlagen erledigt werden.

Lieferung elektrischen Stromes.

Die Bedingungen über die Lieferung von elektrischem Strom, worüber bereits in der letzten Sitzung bis zum Eintritt der Beschlußfähigkeit verhandelt worden war, wurden zunächst festgelegt. Angenommen wurde ein Vertrag Sternagel-Haase, wonach für die Monate Mai bis August der billige Grundpreis für den ganzen Tag gelten soll, und ein Antrag Mühlbach, durch den der Preis für Kraftstrom von 20 auf 18 Pfennige pro Kilowattstunde herabgesetzt wurde. Der Preis für Lichtstrom ist durch die Vereinbarung von 50 auf 45 Pfennige und nach 8 Uhr abends auf 25 Pfennige herabgesetzt worden. Für Fließbeleuchtung beträgt der Preis im Januar 25 Pfg. statt wie bisher 30 Pfg. Der Preis für Kraftstrom, der auf 18 Pfg. festgelegt wurde, erhöht sich in den Stunden des hohen Lichtverbrauchs auf 40 Pfg.

Stadt-Theater.

Ueber den Etat des Stadt-Theater referierten die Stadtverordneten Dettlinger (lib.) und Reiffner (lib.). In Verbindung mit dem Etat stand noch eine Postlage 26 572 Mark für Mehrverbrauch an elektrischem Strom und Wasser im Theater niederschlagen. Beide Referenten empfahlen die Genehmigung des Etats und der Vorlage.

Stadtv. Wohlaner (lib.): Aus dem Schoße der Versammlung wurde verlangt, die Unterbringung für die Chor- und Orchestermitglieder zu erhöhen. Im Staatsausblick hat man sich darauf geeinigt, dem Magistrat darin völlige Freiheit zu lassen. Ich glaube, meine Herren, wir können damit ohne weiteres einverstanden sein.

Stadtv. Ehrlich II (lib.) tritt für den Ausbau des Stadt-Theater-Foyers ein.

Stadtv. Heibrich (lib.) beklagt eine starke Raucherentwicklung in der Schweidnitzerstraße durch die Heizung im Stadt-Theater. Wenn die Deputierten dieser Sache die nötige Aufmerksamkeit schenken wollten, wäre ihnen das Publikum sehr dankbar.

Bürgermeister Trentin bestritt, daß die Raucherentwicklung im Stadt-Theater sehr stark sei. Jedenfalls wird der Magistrat die Sache prüfen.

Stadtv. Johu (kon.): Daß Chor und Orchester mehr als 15.000 Mt. bekommen, dagegen wird wohl niemand von uns sein; aber eigentlich sind doch die Leute nicht bei der Stadt, sondern beim Theaterdirektor beschäftigt. Es wäre doch gut, wir warteten ab, was eigentlich wird, ob Löwe kündigt oder nicht. Wichtig ist es aber nicht, daß Herr Löwe unterkühlt wird.

Stadtv. Dettlinger (lib.): Wenn wir den Chor und das Orchester unterstützen, so führt das doch zu Folgen, die uns über den Kopf wachsen können. Die Rückstände für Wasser und Elektrizität müßten aufgegeben werden, weil nichts herauszuschlagen war.

Bürgermeister Trentin: Wegen der Niederschlagung der Rückstände muß ich doch den Herren Johu und Dettlinger widersprechen; diese Sache ist auch schon längst bekannt. Dann ist es nicht der Standpunkt des Magistrats, daß er auf die Rückstände für Wasser und Elektrizität verzichtet, weil nichts zu bekommen sei; es sind dafür nur die Höhe der Zuschläge maßgebend.

Stadtv. Scholz (kon.) tritt auch für eine bessere Ausgestaltung des Foyers ein.

Stadtv. Heibrich (lib.) bestritt, übertrieben zu haben und bittet, Vorschläge, wie er sie gebracht hat, wohlwollend zu behandeln.

Stadtv. Jungfer (lib.): In der Stadt laufen Gerüchte um, über Nichtzahlung der Billetssteuer durch den Theater-

Aus aller Welt.

Karl May gestorben. Wie erst jetzt bekannt wird, starb, den „Breslauer Nachrichten“ zufolge, am Sonnabend der bekannte Reisechriftsteller Karl May an den Folgen einer Erkrankung. May konnte noch im Februar dieses Jahres seinen 70. Geburtstag feiern.

Eine Kindesuntersuchung vor Gericht. Eine Kindesuntersuchung beschäftigte das Dortmund Schwurgericht, vor dem sich die polnischen Arbeiterinnen Kraszewski und Glasrock wegen Urkundenfälschung bezog. Beihilfe dazu zu verantworten hatten. Die Hauptbuhlige war die Angeklagte Kraszewski, die einige Jahre ein Verhältnis mit einem Bergmann unterhalten hatte. Diesem Verhältnis war ein Kind entsprungen, und der Bergmann kam auch seinen Vaterpflichten nach und bezahlte alimonisch Alimente. Als das Kind gestorben war, fielen natürlich die Alimente weg. In der Zwischenzeit hatte die Angeklagte aber noch mit ihrem alten Liebhaber mehrmals intim verkehrt. Um wieder in den Besitz von Alimenter zu gelangen, beschloß sie, ihm vorzutäuschen, daß sie wieder Mutter geworden sei. Als ihre Freundin, die Mitangeklagte Glasrock, niederkommen sollte, mietete sie diese in einem Nachbarn als ihre Cousine Kraszewski ein. Das neugeborene Kind wurde denn auch von der Hebamme unter dem Namen Kraszewski angemeldet, und der in der Ferne weilende Vater von seinem neuen Glück verständigt. Er sandte dabei Geld und brachte schließlich das Kind bei seinen Eltern unter, wo es nach einigen Monaten starb. Inzwischen hatte sich die Angeklagte Kraszewski einen neuen Verehrer angeschafft und wollte gerade Hochzeit feiern, als die Affäre mit der Kindesuntersuchung durch einen Zufall der Polizei zu Ohren kam, die darauf die Schuldigen festnahm. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf schuldig, doch wurden den Angeklagten mildernde Umstände ausgebilligt. Der Gerichtshof verurteilte darauf die Kraszewski zu einem Jahre und die Glasrock, als die Minderbuhlige, zu drei Monaten Gefängnis.

Opfer eines übermäßigen Streiches. Auf der Baustelle der Niederthallpferre in Demforth leiteten zwei jugendliche Schlosser aus Uebermut den elektrischen Strom der Elektrizitätszentrale in die Elektrik der Baustelle. Als ein Schmelz auf die Klinker saßte, wurde er vom Strom hoch entworfen und schlug auf die Klinker, und eine Hand wurde ihm abgerissen. Der Stellmacher Gysa, der helfend eingreifen wollte und der Klinker zu nahe kam, wurde vom Schläge berührt getroffen, daß

er auf der Stelle tot war. Die Urheber des Unglücks wurden verhaftet.

Schreckensstat eines Familienvaters. Der 32-jährige Maurer Johann Dash in Rich (Württemberg) hat seiner schlafenden Frau mit einem Taschenmesser den Hals durchschnitten. Nach der Tat legte sich der Mörder wieder ins Bett. Nachdem er einige Stunden geschlafen hatte, legte er kurz nach 5 Uhr Feuer im Hause an, indem er mit Petroleum getränkte Lumpen anzündete. Auf die Diffe der auf der Diele eingeschlossenen drei Kinder wurden Nachbarn aufmerksam, worauf die Feuerwehr alarmiert wurde, der es gelang, die drei Kinder zu retten. Der Vater hatte sich am Ofen des Schlafzimmers erhängt. Der Grund zur Tat wird darin gesucht, daß sich die Familie in der letzten Zeit in großer Not befand und an manchen Tagen nichts zu essen hatte.

Die Verhaftung eines vielgesuchten Raubmörders. Der verhaftete Arbeiter Rabinald, der letzte Woche die Witwe Schumann in Stechten in ihrer Wohnung erschossen, daß zweijährige Enkelkind der Witwe auf bestialische Weise durch Messerstiche verwundet und dann die Wohnung ausgeplündert hat, leugnet hartnäckig die Tat, obgleich seine Täterschaft als erwiesen gilt. Rabina ist ein von der amerikanischen Polizei schon seit Jahren gesuchter Raubmörder. Im Vorjahre wurde in Chicago an einer Witwe ein grauenvoller Raubmord begangen. Wie sich jetzt herausstellt, hat Rabinald auch dieses Verbrechen auf dem Gewissen.

Gesunkener Dampfer. Acht Meilen nordwestlich vom Elbe-Feuerschiff ist ein Dampfer gesunken. Die beiden Masten ragen aus dem Wasser heraus. Nachrichten über den Namen und die Nationalität, sowie über den Verbleib der Besatzung sind noch nicht eingetroffen.

Ein schändlicher Mord. Der Mörder Torres, der sich vor dem Schwurgericht des Departements Seine-Dise wegen Ermordung eines 17-jährigen Mädchens zu verantworten hatte, gab im Laufe des letzten Verhörs grauenhafte Erklärungen ab. Er teilte mit, daß er das Verbrechen begangen habe, weil er seit Jahren von dem Bausche befehlt gewesen sei, junges Frauenfleisch zu essen. Die Ärzte untersuchten den Mörder auf seinen Geisteszustand und kamen zu dem übereinstimmenden Urteil, daß er für seine Tat nicht verantwortlich zu machen ist, da er geistig nicht normal sei.

Schülerelbstmord. Aus getränktem Ohrgefühl, infolge väterlicher Ermahnungen erhängte sich in Jena der in den Ferien weilende sechzehnjährige Schüler Paul Dreßler vom Lande Serzeggung beim Saubinda.

Ein französischer Kurier bestohlen. Einem Kurier des französischen Ministeriums des Auswärtigen ist während der Bahnfahrt zwischen Petersburg und Luga im Schlafwagen die Briefkassette gestohlen worden, in der sich 3000 Fr. sowie ein Geheimbrief des französischen Botschafters an das Ministerium befanden.

Wälder in Flammen. Seit Sonntag stehen die Wälder an den Ufern des Lago Maggiore in Flammen. Mehrere Hektar Baumbestand sind den Flammen bereits zum Opfer gefallen. Mehrere Dörfer mußten von den Einwohnern geräumt werden. Unter der Bevölkerung ist eine große Panik ausgebrochen. Der Brand dauert noch an.

Der rasende Stier. In der Gemeinde Kishegyes in Ungarn riß sich ein Stier los und löstete zuerst zwei Dirten, die er auf die Hörner nahm und in die Luft schleuderte. Dann überprang er eine drei Fuß hohe Mauer und warf den Wagen eines Arztes um. Der Arzt wurde schwer verletzt, der Stier leicht verwundet, während die beiden Pferde dem wütenden Stiere, der sie gerisselte, zum Opfer fielen. Der Wagen ging in Trümmer. Der rasende Stier jagte nun weiter die Landstraße entlang und verwundete noch viele Leute schwer, bevor es endlich gelang, ihn unschädlich zu machen.

Explosion. Aus Johannesburg wird gemeldet: Auf einem Fabrikgrundstück bei Modderfontein in Transvaal explodierten zwei unterer Kisten festes Dynamit. Ein Weißer und vier Farbige, die in unmittelbarer Nähe arbeiteten, wurden zu Tode gerissen, verschiedene andere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Ob außer den fünf Getöteten auch noch andere ihr Leben einbüßten, steht noch nicht fest, da weit und breit das Feld mit Trümmern bedeckt ist. Auf dem nahegelegenen Bahnhofe wurden zwei Personenwagen und ein großes Stück des Gleises zerstört.

Drei Gymnastiken verschwunden. Drei Schöneberger Gymnastiken sind spurlos verschwunden. Die drei besuchten die Obersekunda des Gymnasiums in Schöneberg und waren nicht verkehrt worden. In Briefen an ihre Eltern erklärten sie, daß sie sich das Leben nehmen wollten. Alle Nachforschungen nach ihnen waren bis jetzt erfolglos.

Todeskurz eines Schenkenjüngers. Bei einem Diebstahl der Dillig des 118. Infanterieregiments tötete sich der etwas angetrunkene 23-jährige Fahnenjunker Sieber aus Trier aus dem Fenster des zweiten Stockwerks. Er verlor das Gleichgewicht und stürzte in den Hof. Sieber erlitt einen Schädelbruch und starb nach zwanzig Minuten.

Direktor. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, was davon wahr ist.

Stadtrat Bericht: Der Stadtoberordneten-Versammlung wird in der nächsten Zeit eine Vorlage über die ganzen Theaterverhältnisse zugehen, aus der alles Nähere zu ersehen sein wird. Wie es weiter kommt, darüber jetzt zu reden, das liegt in Niemandes Interesse. In einigen Wochen werden wir längere Erörterungen über das Theater haben; heute mit unvollständigen Angaben hervortreten, das erscheint nicht angebracht.

Stadtv. John (Konf.): Es ist ein trauriges Verhältnis, immer diese Wände hier zu waschen; wir müssen aus diesem Zustande herauskommen.

Die 26872 Mk. wurden hierauf niedergeschlagen und der Etat vorläufig festgesetzt.

Feuerwehr.

Beim Etat der Feuerwehr ergreift das Wort Stadtv. Schick I (Soz.): Auch bei diesem Etat habe ich einige Wünsche vorzubringen und Ausstellungen zu machen. Die Mehrzahl unserer Feuerwehrleute beträgt 181 Mann. Ich nahm bisher an, daß diese Zahl für Feuerlöschzwecke und sonstige Hilfsleistungen unbedingt notwendig sei. Bei dem Studium des letzten Verwaltungsberichts stießen mir einige Bedenken auf, indem ich dort etwas von Offiziersordnungen las. Bei näherer Untersuchung erfuhr ich, daß Feuerwehrmänner den Feuerwehrhörsigsten als Putschisten zugeteilt sind. Diese werden dem Dienst entzogen und haben Vergünstigungen, deren sich ihre Kollegen nicht zu erfreuen haben. Mit ist ein Feuerwehrmann als Dienstmädchen zu teuer. In der obigen Präzisionsliste sind aber noch zwölf Handwerker inbegriffen, die als Feuerwehrmänner so gut wie gar nicht in Betracht kommen. Mit ist mir die Präzision, soweit der wirkliche Sicherheitsdienst in Betracht kommt, zu hoch. Daß es aber Werkstätten-Vorsteher gibt, die für ihre im dienstlichen Interesse geleistete Arbeit eine besondere Entschädigung von monatlich 15 Mark bekommen, erscheint mir als ein Unrecht.

Unsere Feuerwehrleute haben einen ununterbrochenen Dienst von 48 Stunden; darauf soll ein freier Tag mit 24 Stunden Ruhe folgen. Von einem freien Tage kann bei unserer Wehr keine Rede sein. In diesem Tage müssen Theaterwachen und eine Reihe anderer Arbeiten geleistet werden, jedoch ohne Ruhe.

Die vorgenannten Arbeiten werden allerdings als freiwillige bezeichnet, aber der Zufall hatte dem das Licht, der sie vorbestimmt. Dem so recht überausigen Nachschub der Dienstreue ich nur nebenbei. Wie angestrengt der Dienst unserer Feuerwehrleute ist, ersehen Sie aus dem letzten uns überreichten Verwaltungsbericht. Obgleich ich der Überzeugung bin, daß Sie alle dieses Buch gelesen haben (weiterer), möchte ich Ihnen doch einige Sätze aus dem Bericht über Feuerlöschzweigen ins Gedächtnis zurückrufen. Es heißt dort unter anderem:

„Bestandweise wurde von der Stadtdirektion die Mittagsablösung an Stelle der bisherigen Morgenablösung eingeführt.“

Bestimmend hierfür waren folgende Erwägungen:

1. Bei der Mittagsablösung kann der Mann innerhalb breiter Tage zwei Mittagsmahlzeiten zu Hause einnehmen, bei der Morgenablösung nur eine; die betreffenden Frauen brauchen also ihren Männern in drei Tagen nur einmal das Essen auf die Wache zu bringen (statt wie bisher zweimal).

2. Die Mannschaften können innerhalb von drei Tagen an einem Tage ordentlich ausschlafen, was sie sonst das Jahr über, ausgenommen die kurze Urlaubszeit, nicht können. Wenn ein Feuerwehrmann in seinem dienstlichen Tage auf Theaterwache abwesend ist, so geht er im Durchschnitt gegen 11 Uhr abends vom Theater fort. Er tritt er auf dem Heimwege nach ein Glas Bier. So tritt es unter Umständen 12 Uhr und noch später, ehe er ins Bett kommt. Um zum Aufstehen am nächsten Morgen hinlänglich zur Stelle sein zu können, muß der Mann je nach der Entfernung seiner Wohnung von der Wache zwischen 4 und 6 Uhr früh schon wieder aufstehen. Die Branddirektion erhofft von dieser Mittagsablösung: 1. Verminderung der Fälle von Zubehörschäden; 2. Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes durch längeres Schlafen; 3. Erleichterung für die Frauen der Mannschaften, Erhöhung der häuslichen Wohlfahrt und Stärkung des Familienstimmens.

Trotzdem sich die wohlthätigen Folgen der Mittagsablösung kurze Zeit nach ihrer Einführung bei einigen Mannschaften ganz auffällig bemerkbar machten in Verringerung der Nervosität, Besserung des Schlafes und des allgemeinen Gesundheitszustandes, war doch die Mehrheit des Korps mit dieser Feuerung unzufrieden.

Die dagegen angeführten Gründe waren zum größten Teil sehr wenig stichhaltig. Bei den meisten Gegnern dieser Feuerung war es in der Hauptsache die seit fünfzig Jahren eingewurzelte Gewohnheit, sowie die verringerte Möglichkeit, Privatarbeit am dienstlichen Tage auszuführen, was den Mannschaften überhand genommen ist. Ich annehmend aber kaum ausrichten läßt. Um aber möglichst allen Wünschen gerecht zu werden, hat sich die Branddirektion entschlossen, für das Sommerhalbjahr (April—September) die Morgenablösung, für das Winterhalbjahr (Oktober—März) die Mittagsablösung festzusetzen. Bestimmend für diesen Entschluß war hauptsächlich die Erwägung, daß im Sommerhalbjahr erheblich weniger Theaterwachen zu leisten sind, wie im Winterhalbjahr.

Trotzdem die Direktion die großen Vorteile der Mittagsablösung eingesehen hat, besteht jetzt die Frühablösung, aus welchem Grunde, ist mir allerdings nicht recht erklärlich.

Einige Zahlen geben uns Auskunft über die Gesundheitschancen dieses Betriebes. Die durchschnittliche Krankheitsdauer für jeden Fall betrug Tage im Jahre 1905: 15,7, 1906: 13,8, 1907: 12,7, 1908: 14,6, 1909: 21,7. Diese Statistik gibt uns zum Denken Anlaß. Sollte es möglich sein, die Räume der Handfeuerwache. Diese haben jeder Beschreibung. In den neueren Formen liegen die Verhältnisse günstiger. In einer Reihe anderer Orte sind viel kürzere Dienstzeiten eingeführt und die Mannschaften haben einen wirklich freien Tag. Daß in diesem Betriebe eine gewisse Disziplin notwendig ist, erkenne ich an. Aber bei den herrschenden militärischen Drill halte ich für völlig überflüssig. Ebenso wenig beargwöhne ich, daß bei Nacht die Mannschaften durch listigen Alarm in ihrer Ruhe gestört werden. Als recht überflüssig bezeichne ich ferner die Appelle an dienstlichen Tagen. Aus welchem Grunde die Mittagspause verkürzt und die Frühablösung beibehalten wurde, später aber eine Veränderung von 30 auf 20 Minuten erfolgt, ist mir nicht recht einleuchtend. Was ich fordere, ist: 1. Einen wirklich dienstlichen Tag. 2. Freundliche Behandlung. Hierdurch würde die Dienstzeitigkeit gewiß erhöht werden. Wir sind den Männern, die jeden Augenblick bereit sind, ihr Leben für uns in die Schanze zu schlagen und dem Tode ins Auge zu blicken, eine gute Behandlung schuldig. (Beifall.)

Stadtkonrat Bericht: Die Feuerwehr muß militärisch organisiert sein, sonst können wir zu den schlimmsten Zuständen von früher. Daraus ergibt sich auch, daß die Offiziers-Ordungen haben, die keine Dienstmädchen sind. Ebenso brauchen wir Handwerker bei der Feuerwehr. Wir müssen 48 Stunden Dienst haben, denn bei 24 wäre das Chor zu verstopfen. Die Mannschaften wollen früh, nicht mittags abgelöst sein, damit sie einen ganzen Tag frei bekommen. Der Wachposten vor dem Haupte ist im Dienst; da können wir keinen Invaliden hinstellen. Die häufigen Krankheiten sind nicht auf den Dienst, sondern auf die mangelhaften Diensträume zurückzuführen.

Der Etat wurde hierauf vorläufig festgesetzt.

Beim Etat der Straßenbeleuchtung rief Stadtoberordneter Schick die schlechte Beleuchtung der Ohlauer Vorstadt, besonders der Klosterstraße. Genosse Müller wünscht eine bessere Beleuchtung des Königplatzes, wo bei dem letzten

Verteiler und der ungenügenden Beleuchtung leicht Unfälle vorfallen können. Stadtoberordneter Schickfelder hegt den gleichen Wunsch nach mehr Licht in der Schulstraße.

Nach weiterer persönlicher Debatte wurde der Etat vorläufig festgesetzt.

Beim Schlachthofetat fragt Stadtv. John (Konf.), warum für den Schlachthof ein höherer Wasserpreis festgesetzt sei, als für alle übrigen städtischen Betriebswerke. Kammerer Matthes erklärte, der Schlachthof sei eigentlich kein städtischer Betrieb wie alle anderen, sondern eine Zusammenfassung zahlreicher Privatbetriebe. Deshalb werde für den Schlachthof auch derselbe Wasserpreis festgesetzt, wie für Privatbetriebe. Das sei umso mehr angebracht, als die Stadt aus dem Schlachthof laut Gesetz nicht mehr als acht Prozent Uberschuss gewinnen dürfe. Stadtv. John bezeichnete nunmehr den höheren Wasserpreis als eine Umgehung des Gesetzes, worauf Kammerer Matthes erklärte, die Bevölkerung würde beim Fleischkauf nicht einen Nennig Vorteil davon haben, daß der Schlachthof billigeres Wasser erhalte.

Beim Etat des städtischen Hafens kündigte Stadtoberordneter Jünger (Soz.) Beschwerden an, die er demnächst der Deputation überreichen werde. Der Etat wurde hierauf vorläufig festgesetzt.

Der Gesamtetat.

Der Etatsreferent, Stadtv. Dr. Hanke (lib.) berichtete, daß der Ausschuss 239 000 Mark von den Ausgaben getrieben und dadurch zu einem um 217 000 Mark geringeren Steuerbedarf gekommen sei. Dadurch sei es möglich geworden, die Steuer noch um weitere zwei Prozent herabzusetzen, wie der Ausschuss empfiehlt.

Stadtv. Milch (lib.): Im Ausschuss ist der Antrag mit Stimmgleichheit abgelehnt worden, es bei den 166 Prozent Steuern zu lassen. Ich sehe in der Herabsetzung der Steuern um 2 Prozent ein gefährliches Experiment mit Rücksicht auf vielerlei Verpflichtungen der Stadt. Dann machen die 2 Prozent für den einzelnen Steuerzahler so gut wie gar nichts aus. Für die 32 000 Steuerzahler bis 1800 Mk. Jahreseinkommen sind es bis 15 Pf. vierteljährlich. Auch höhere Einkommen über 6000 Mk. spüren die 2 Prozent nicht. Wir haben nun die Jahrhundert-Ausstellung beizulassen und brauchen Geld; mehrere hunderttausend Mark werden für Straßenanlagen und Beleuchtung gebraucht, die aus laienhaften Mitteln gedeckt werden müssen. Beim Standpunkte der Wirtschaftlichkeit halte ich es als das Beste, diese bestimmten, auch sonst notwendigen Ausgaben bereits in den Etat einzustellen. Ich beantrage deshalb, in den Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben 200 000 Mk. aufzunehmen.

Stadtv. Wohlfahrer (lib.): Ich hätte die Darstellung des Kollegen nicht für richtig. Wir müssen uns fragen, womit kommen wir aus? Wir dürfen nicht sagen, die Erhöhung bedeutet nicht ein Glas Bier usw. Wir haben in den Etat bereits 500 000 Mk. für unvorhergesehene Ausgaben aufgenommen und deshalb sind wir für alle Fälle gedeckt. Stimmen Sie für die 164 Prozent.

Kammerer Matthes: Wir müssen, darin treue ich Herrn Wohlfahrer bei, alles in den Etat aufnehmen, was wir bestimmt auszugeben haben. Aber gerade aus diesem Grunde ist es notwendig, die Ausgaben für die Ausstellung in den Etat einzustellen. Tun wir das nicht, so werden wir Vogelstraußpolitik. Schon die 100 000 Mk. Garantiefonds für die Ausstellung verpflichten uns, für die Deckung zu sorgen. Ob wir die 800 000 Mark Staatszuschuß bekommen, das steht dahin. Darum bedeutet es uns eine Beunruhigung der Bürger, wenn wir jetzt die Steuer um 2 Prozent herabsetzen. Damit nützen wir niemand, während wir dem Ganzen schaden.

Stadtv. John (Konf.): Ich bin derselben Ansicht, wie Herr Wohlfahrer. Wir sollen nicht ausrechnen, was die 2 Proz. ausmachen. Die Leute fragen doch, was zahlen wir, was wird anderwärts gezahlt.

Stadtv. Jerow (Konserv.): Herr Milch hat ganz neues Material über die Steuern hervorgebracht, aber es stimmt nicht, es gibt Leute, die doppelt und dreifach Steuern zahlen, weshalb die 2 Prozent doch von Bedeutung sind und der Ausschussantrag anzunehmen ist.

Stadtv. Löbe (Soz.) gibt im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab (siehe oben), in welcher die Gründe für die Ablehnung des Etats angeführt werden. Redner fährt dann fort: Bei der Vermessung der Steuerzuschläge verfolgt die Mehrheit eine eigentümliche Politik, die mit Vogelstraußpolitik zu milde bezeichnet ist, denn sie läuft auf eine absichtliche Täuschung der Steuerzahler hinaus. Schon jetzt, im Etatsjahre 1911 wurden draußen in Scheinweg Wege und Kanalisation für die Ausstellung angelegt und sie schreden davon zurück, die Kosten wenigstens in den Etat für 1912 einzustellen, sondern schieben alles hinaus nach dem Grundgedanken: Nach uns die Einstufung! Man sagt, den Steuerzahlern soll eine „unschuldige Freude“ gemacht werden, weiß aber schon heute, daß auf diese Freude in den nächsten Jahren eine um so heftigere Enttäuschung kommen wird. Es wäre offen und gerade behandelt, wenn sie heute schon die doch unermesslichen Ausgaben in Berücksichtigung zögen und den Wählern erst keinen Feuerzunder vormachen. (Zuruf: Konservativ Wahlpolitik.)

Stadtv. Scheibe (Konf.): Ich muß mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Milch anschließen und Sie bitten, für die 166 Prozent Steuern zu sein. Wir sind mit Begeisterung an die Jahrhundertfeier herangegangen (Oh! bei den Konservativen) und müssen jetzt Geld schaffen, damit wir nicht in Verlegenheit kommen. Was macht das auch für einen Eindruck, wenn wir die Steuern um 2 Prozent herabsetzen. Müßten wir 1913 die Steuern erhöhen, so ist dann der Mergel größer als heut der Augen.

Stadtv. Körner II (Konf.) stellt einen Schlußantrag, der angenommen wird.

Stadtv. Hanke verzichtet auf Schlusßwort.

Stadtv. Milch betont Herrn John gegenüber nochmals, daß es für die reichen Leute ganz gleichgültig ist, ob sie 2 pCt. mehr oder weniger Steuern zahlen.

Der Antrag Milch wird abgelehnt und der Etat für 1912 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Personallich bemerkt Stadtv. Wohlfahrer, daß es ihm nicht auf eine Täuschung der Wähler ankommt, wenn er die Steuern um 2 Prozent herabgesetzt haben will. Gerade die Leute, die in der Einzelberatung für die Etats ist, dann aber den Gesamtetat ablehnt, sollte mit solchen Behauptungen sehr vorsichtig sein.

Stadtv. Ringhan (lib.) bemerkt Herrn Hanke, er werde bei den Steuerzahlern nicht viel Freude damit erwecken, daß es dem Etatsanschluß in zehn Sitzungen gelungen ist, die Steuer um 2 Prozent herabzusetzen.

Dem Vätermeister Hermann Reim zahlt die Stadt für einen Unfall, den er auf dem städtischen Grundstück Klosterstraße 111/113 erlitt, im Vergleichswege 16000 Mark.

Schlusß der Sitzung 7 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Die Verfolgung der roten Kranzschleifen

Bei sozialdemokratischen Beerdigungen nimmt kein Ende. Die Polizei hält die Kranzträger an und übergibt sie den Gerichten, die fast immer eine Verurteilung aussprechen. Jetzt sind wir bereits soweit gekommen, daß nicht nur der Genosse bestraft wird, der einen Kranz mit roter Schleife dem Zuge vorantreibt; es bekommt auch der eine Strafe, der den Kranzträger bei seiner Tätigkeit unterstützt, ihm, wie das Schöffengericht sagt „Beihilfe“ leistet.

Wie wir schon berichteten, wurde am 21. Januar 1912 der Bauarbeiter Genosse Carl Lorenz von der Leichenhalle des Salvatorfriedhofes aus bezüchtigt. Viele Bekandkollegen und Parteigenossen fanden sich auf dem Friedhofe ein, um dem Ver-

urteil das letzte Geleit zu geben. Wie immer, so wurde auch hier dem dahingeschiedenen Freunde und Genossen ein Kranz mit roter Schleife gewidmet. Obwohl der Tote garnicht vom Trauerhaus beerdigt wurde, fand sich trotzdem die Polizei ein, um nach roten Kranzschleifen zu fahnden. Der Polizeiwachmeister Sobel und sein Begleiter, der Schutzmann Simon, konnten aber nicht eine einzige Schleife entdecken. Giffast begab sich die Beamten auf den Friedhof, um dort, hinter Sträuchern versteckt, nach dem roten Zeichen des Umsturzes zu sehen. Der Zimmerer Genosse Lebesch Irug den Kranz hinter dem Sarge, das wollen die Schutzleute beobachtet haben. Außer Lebesch bekam auch Genosse Pirsch einen Strafbefehl über 20 Mark, wegen „Leitung und Veranstaltung eines ungewöhnlichen Leichenbegängnisses“. Genosse Pirsch war zwar auf dem Friedhof, bestritt jedoch vor dem Schöffengericht ganz entschieden, den Kranz überhaupt in den Händen gehabt zu haben, wenigstens nicht auf dem Friedhofe. Er habe den Leich vom Distriktslokal auf der Pudenstraße nach dem Friedhof allerdings begleitet und es sei auch möglich, daß er (Pirsch) den Kranz auf dem Wege zum Friedhof ein kleines Stück getragen habe, nicht aber auf dem Friedhofe. Da sich das in erster Verhandlungstermin nicht mit Sicherheit aufklären ließ, wurde eine Vertagung der Sache notwendig.

In der erneuten Verhandlung am Montag gab der als Zeuge geladene Kriminalschutzmann Wagt die Möglichkeit eines Irrtums bei der Vernehmung des Genossen Pirsch zu. Das Gericht erachtete jetzt daher die Darstellung des Angeklagten Pirsch als richtig und unumwiderlegt. Trotzdem ließ der Anwalt gegen den Distriktsführer die Anklage nicht fallen. Er führte vielmehr aus: „Pirsch kann allerdings nicht dafür bestraft werden, daß er auf dem Wege zum Friedhof den Leich den Kranz tragen half, denn hier handelte es sich ja noch nicht um einen geschlossenen Leichenzug. Ich erblicke jedoch in dem Tun des Angeklagten Pirsch eine Beihilfe zum Vergehen über das Reichsvereinsgesetz. Nach juristischen Begriffen ist hier eine sogenannte „vorbereitende Handlung“ vor, die nach dem Reichsgerichtsentscheidungs vom 10. Mai 1883 (Band 8, Seite 267) als Beihilfe angesehen werden muß. Pirsch hat die Absichten des Leich ganz offenkundig gefördert; indem er ihm beim Tragen des Kranzes (wenn auch nur zum Friedhofe), beihilflich war. Ich beantrage ihn deshalb mit 10 Mark zu bestrafen. Gegen Lebesch beantrage ich 20 Mark Geldstrafe.“ Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Anwalts an und verurteilte Genossen Pirsch wegen „Beihilfe“ zu 4 Mark, Lebesch wegen „Leitung und Veranstaltung“ zu 10 Mark Geldstrafe. Es sei noch bemerkt, daß Pirsch auf dem Wege zum Friedhof den Kranz nur deshalb auf einen Augenblick übernommen hat, weil sich Lebesch seine schwarzen Handschuhe anzog.

Die Verfolgung der Kranzschleifen hat schon viel sonderbare Dinge gezeitigt. Dieses Urteil des Breslauer Schöffengerichts gehört zweifellos zu dem unverständlichsten, was wir in den letzten Wochen erlebt haben.

Zum Boykott gegen das Ramlauer Bier.

Wie sehr der Boykott gegen das Ramlauer Bier wirken muß, beweist die Tatsache, daß nunmehr auch die Bierfahrer der Breslauer Filiale des Herrn Gafelbach wegen Mangel an Aufträgen die Arbeit eingestellt haben. Der Boykott beginnt also seine Wirkung, wenn auch in den Arbeitervierteln einige Gastwirte vorläufig noch glauben, ohne das Ramlauer Bier nicht auskommen zu können. Von mehreren Gastwirten wurden sogar die Mitglieder der Boykottkommission aus den Lokalen gewiesen. Die Namen der Gastwirte, wo heute noch Ramlauer Bier zu haben ist, werden demnächst veröffentlicht werden.

Da auch in der Provinz durchaus keine Neigung besteht, das Ramlauer Bier zu trinken, so lange Herr Gafelbach seinen Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht nicht gewährt, so ist zu hoffen, daß Herr Gafelbach durch die Macht der Konsumenten dazu gezwungen wird.

Wie wir inzwischen erfahren, hat Herr Gafelbach für seinen Betrieb eine gelbe Organisation gegründet. Er denkt also vorläufig garnicht dazu, seinen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Meidet das Ramlauer Bier!

* **Bodenloser Leichtsin.** Ein schwerer Unfall hat sich Montag früh auf der Bahnstrecke Brieg—Breslau zugetragen. In den Perionenzug, der Brieg um 8,33 verläßt, stieg auf der Station Kattern in einen Wagen 4. Klasse ein Mann ein, der an der Tür des Abteils stehen blieb und sich gegen die Lehne, mit der Hand auf dem Drücker. Obwohl er gewarnt wurde, gab er diese Stellung nicht auf. Als der Zug in voller Fahrt war, ging die Tür auf, der Mann stürzte heraus und wurde auf Nebengleis geschleudert, wo er bewußtlos und aus Mund, Nase und Ohren blutend liegen blieb. Die entsetzten Passagiere zogen die Notbremse, worauf der Zug hielt. Der Schwerverletzte wurde im Packwagen mit nach Breslau genommen. Sein etwa 9-jähriger Sohn war Zeuge des schrecklichen Vorganges.

Aus dem Landkreis.

Gemeindevorstellung in Klein-Gandau. Freitag, den 29. März, abends 7 Uhr, hielten die Gemeinde-Vertreter eine Sitzung ab. Der erste Gegenstand der Tagesordnung war die Erhebung, weil er sich mit dem Festlegen des Gemeindefesttags beschäftigte. Da verschiedene Stellen eine Mehrausgabe erforderten, so mußte der Zuschlag zur Einkommensteuer von 110 auf 130 Prozent erhöht werden. Die Ausgabe ist auf 11 843 Mark gestiegen. Die größte Mehrausgabe verurteilte die Neueinrichtung einer evangelischen Schulkasse. Es wurde auch über die Erweiterung des Dorfstreiches gesprochen. Ein Antrag mit Verlegung des Sitzungszimmers wurde eingebracht und zugleich eine Kommission gewählt, die damit betraut ist, das nötige vorzubereiten. Man verhandelte dann über die Straßenbeleuchtung, wobei verschiedene Dinge zu besprechen waren.

Stadtwirk. Ueber die Zustände in der Ziegelei von Klein-Gandau wird sehr geklagt. Die Arbeiter sind zum Teil in stark erwärmten Räumen beschäftigt, weshalb gutes Trinkwasser für den Betrieb unbedingt nötig ist. Daran fehlt es aber; die Arbeiter benutzen das Wasser, das sich in einer Drainagegrube ansammelt. Ein Brunnen ist wohl vorhanden, aber er ist verlegt. Ferner sind auch die Aborte nicht im besten Zustande; für beide Geschlechter besteht nur eine Anlage. In den Fabrikhallen fehlen Schutzvorrichtungen, ebenso reichen die Wassergelegenheiten nicht aus. Die Ziegelei beschäftigt viel gewaltige Arbeiter und Arbeiterinnen, die keine getrennten Schlafstätten haben. Die Behörden werden gut tun, sich die Fabrik etwas näher anzusehen. Den Arbeitern aber kann nur empfohlen werden, sich auf die Behörden nicht allein zu verlassen. Wollen sie, daß die Zustände gründlich geändert werden, dann müssen sie selbst Hand ans Werk legen und dem Fabrikarbeiter-Verbande beitreten. Einzig der feste Zusammenschluß in einer großen Berufsorganisation kann die traurige Lage der Arbeiter dauernd verbessern. Der einzelne ist dem Unternehmer gegenüber ohnmächtig.

Deutsches Billa. Donnerstag, den 4. April, abends 7 Uhr, Jünger - Besamlung mit wichtiger Tagesordnung.

Die ausgesperrten Maßschneider.

Die im freien Verbands organisiert sind, haben Montag abend in einer Versammlung beschlossen, die Arbeit vorläufig noch nicht aufzunehmen. Wie bekannt, sollten nach den Einigungsversuchen Streik und Aussperrung am Montag, den 1. April, aufgehoben und am Dienstag, den 2. April, die Arbeit wieder aufgenommen werden. Da aber die meisten der ausgesperrten vorübergehend andere Arbeitsverhältnisse eingegangen sind, die vor Ende dieser Woche nicht gelöst werden können, ist eine geschlossene Arbeitsaufnahme am genannten Tage nicht möglich, woraus dann Zwistigkeiten entstehen, die vermieden werden sollen. Ferner haben die bestreikten Hauptorte beschlossen, von einer Wiederaufnahme der Arbeit so lange abzusehen, bis die Tarife endgültig abgeschlossen sind. Es dauert also in diesen Orten der Streik weiter und es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Aussperrung von neuem verhängt wird. Auf Grund dieser Tatsachen sind die ausgesperrten zu dem Entschluß gekommen, die Arbeit vorläufig noch nicht aufzunehmen. Die im gewerkschaftlichen Verbände organisierten ausgesperrten haben bereits am Montag die Arbeit aufgenommen, wohl mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Willen; ihre Zahl ist aber so niedrig, daß sie einen Einfluß nicht ausüben können.

Soeben geht uns noch die weitere Mitteilung zu, daß sich auf Grund des gestrigen Beschlusses eine Anzahl Firmen unterschrittlich verpflichtet hat, bei einer Fortdauer des Streiks nicht wieder auszusperren. Bei diesen Firmen wurde die Arbeit aufgenommen.

Beleuchtet die Baustelle!

Der Vorposten K. H. N. B. a. g. aus Leipzig hatte sich am Freitag vor der hiesigen zweiten Straßkammer wegen fahrlässiger Verletzung zu verantworten. Die Anklage stützt sich auf folgenden Sachverhalt: Im August 1911 ließ der Breslauer Magistrat durch Angehörige einer Leipziger Baufirma auf der Schweidnitzerstraße zwischen Ring und Junkernstraße Tiefbauarbeiten ausführen. Es handelte sich um eine Abwässerungsanlage für die Straßenbahnlinien. Gegenüber dem „Case Schuster“ wurde während dieser Arbeiten der Bürgersteig für den Fußgängerverkehr gesperrt, weil dort das Pflaster aufgerissen werden mußte. Eines Abends gegen 11 1/2 Uhr mußte eine Gesellschaft von Herren und Damen wegen dieses Hindernisses vom Bürgersteig heruntertreten und auf dem Fahrdamm des abgekehrten Verkehrs-Durchgangs in ziemlich scharfen Tempo vom Ring her an der Baustelle vorbeifahren. Der Führer des Gefährts mußte die gesperrte Stelle erst im letzten Augenblick bemerkt haben, denn er lenkte plötzlich in scharfer Wendung nach links hinter mitten in die Gesellschaft hinein. Dadurch wurden ein Mittelschullehrer und ein Student überfahren und erheblich verletzt. Der Lehrer erlitt eine Sehnenszerrung des linken Ellenbogens und Beschädigungen des Unterleibes, der Student außer einer Bruchverletzung eine Verletzung der Lunge, eine Anleiheverletzung und ebenfalls Querschnitten des Unterleibes. Beide befinden sich noch heute in ärztlicher Behandlung.

Die Untersuchung über die Ursache des schweren Unfalls ergab die völlige Schuldlosigkeit des Kraftwagensführers. Dagegen machte die Staatsanwaltschaft den genannten Polier verantwortlich, weil er es unterlassen hatte, die Baustelle nach Feierabend genügend zu beleuchten. Er machte zu seiner Verteidigung geltend, er sei an jenem Abend mit seiner Arbeit bereits gänzlich fertig gewesen. Das Gericht kam trotzdem zu der Ansicht, es wäre die bringende Pflicht des Angeklagten gewesen, die Baustelle gehörig zu leuchten und zu beleuchten. Der Polier wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Zur Verhandlung waren zwanzig Zeugen und Geb. Baurat Lohse als Sachverständiger geladen. Wegen der vielen Zeugen währte die Beweisaufnahme bis Mittag.

Baunfälle. An der Paulusstraße am Striegauerplatz ereignete sich am Montag vormittag ein Unfall. Der Monteur Kurz, der Neue Adalbertstraße Nr. 107 wohnt, war in einem Nebengebäude in der ersten Etage mit Holzlegern an der Decke beschäftigt. Diese Arbeiten führte er auf einer Steigeleiter aus. Die Leiter fiel um und der Monteur stürzte herunter. Er fiel dabei unglücklicherweise auf einen Holzbock, sodaß er sich mehrere Rippenbrüche sowie innere Verletzungen zuzog. Sicher wäre der Unfall nicht passiert, wenn eine bessere Leiter benutzt worden wäre. Dem Inspektoren Rogge, dem die Ausführung der Gas- und Wasserleitungsanlage übertragen ist, trifft die Schuld, denn es befindet sich auch nicht eine einzige Leiter dort, von der man unbesorgt arbeiten könnte. Vielleicht wird jetzt Herr Rogge für bessere Leitern sorgen.

Auf der Baustelle des Unternehmers Mathis auf der Eichbornstraße verunglückte der 21 Jahre alte Arbeiter Karl Ulrich aus Verunglück in Schinerer Wiese. Dem Verunglückten fiel aus einer Höhe von fünf Metern eine Ziegelkiste auf den Körper. Schwer verletzt wurde er in das Merzheiligen-Hospital geschafft. Die Schuld soll in diesem Falle den Vorführer treffen.

Die Post zu Ostern. An den beiden Osterfeiertagen und am Karfreitag werden die Briefe nur je einmal ausgetragen. Patete werden einmal am Karfreitag und am 1. Feiertag, Gelbbriefe und Postanweisungen nur am Oster Sonntag bestellt werden.

Die Kraugbinderin. Die erste Binderin in einem großblumengeschäft hatte mit ihrem Arbeitgeber Streitigkeiten. Das junge Mädchen wurde dadurch sehr erregt und bekam Herzklappen. Es war ihr nicht mehr möglich, irgend welche Arbeit zu verrichten. Es meldete sich krank und darauf wurde es entlassen unter Einbehaltung des restierenden Lohnes. Die Binderin klagte auf Zahlung des rückständigen Gehalts von 64 Mk. und außerdem wegen Lohnschädigung auf zwei Wochen. Die Klägerin brachte ein ärztliches Zeugnis bei, worin bescheinigt ist, daß sie an Nervenschwäche und Blutarmut leide und tatsächlich arbeitsunfähig war. Der Arzt, der als Zeuge vernommen wurde, sagte aus, daß die Klägerin jetzt noch leide. Der Verklagte wollte nur den Restlohn anerkennen, im übrigen aber die Klage abgewiesen haben. Es sei, wie er betonte, höchst merkwürdig, daß ein hochgradig nervöses und blutarmes Mädchen bis zum späten Abend vom Hause wegbleibt. Hier erklärte der Arzt, daß nervöse Personen der Zerstreuung bedürfen; er habe dem Fräulein selbst angeraten, sich in frischer Luft zu bewegen. Die Klägerin war bei der Krankenkasse nicht gemeldet, trotzdem wurde ihr vom Vorstehenden bedeutet, daß sie sich das Krankengeld, das sie erhalten hätte, anrechnen lassen müsse. Auf Vorschlag des Vorstehenden des Gewerbegerichts kam ein Vergleich zustande. Die Klägerin erhält 70 Mk.

Die Osterrantenkasse der Arbeiter hält Mittwoch, den 10. April, abends 8 Uhr, im Herbergslokal Herrenstr. 19 ihre ordentliche Generalversammlung ab. Wichtig für Arbeitgeber und Kassenglieder ist es, an der Versammlung teilzunehmen. Die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Kassenglieder sind verpflichtet, vollständig und pünktlich zu erscheinen, um sich von den Vermögensverhältnissen und Leistungen der Kasse zu überzeugen. (Siehe Inserat)

Physikalischer Experimental-Vortrag.

Am zweiten Osterfeiertage, den 8. April, abends 8 Uhr findet im Saale des Gewerkschaftshauses ein Experimental-Vortrag des Chemikers und Physikers Herrn A. Stadthagen statt. Physik und Chemie auf der Bühne und in der Gesellschaft.

Das äußerst interessante Programm wird unter anderem folgende Experimente aus dem Gebiete der Physik und Chemie bringen.

1. Die Wunder der Physik.

Unter anderem: Eine seltsame Schuhleistung. — Die Säge aus Papier. — Wasser und Wolle. — Das ausgeblasene Licht. — Die halbieren Papierchlingen. — Die Schmelze auf der Brust. — Interessante Kraftexperimente. — Die geheimnisvolle Uhr. — Ein interessantes Experiment vom Luftdruck. — Die Reiskorner des Faltes. — Ein hochinteressantes magnetisches Experiment. — Die schwebende Dame.

2. Die Wunder der Chemie.

Unter anderem: Feuerzauber. — Das chemische Maßzeug des Magiers. — Das Erscheinen von Schalen mit Feuer. — Der Pyrotechniker in der Westentasche. — Interessantes vom Zucker. — Pharaoschlangen. — Die Luftballonfabrik in der Hand. — Grün contra Rot. — Der geheimnisvolle Rauch. — Warmes Eis. — Ein interessantes Experiment vom Luftdruck. — Ein Anten- und Weineperiment nach moderner Chemie.

Der Vortragende ist den organisierten Arbeitern aus seinem letzten hochinteressanten Experimental-Vortrag in guter Erinnerung.

Da eine Befreiung von der Lustbarkeitssteuer nicht zu erreichen war, ist der ursprünglich auf 20 Pf. festgesetzte Preis auf 15 Pf. pro Person herabgesetzt worden. Programme sind zu haben im

- Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17,
- Parteisekretariat, Neue Trautenstraße 5,
- Expedition der „Volksmacht“,
- Blumenhandlung Hoffmann, Grabschenerstraße 124,
- Gustav Eise, Humboldtstraße 8,
- Paul Berndt, Leuthenstraße 58,
- Herrn Reichelt, Matthiasstr. 140,
- Paul Kohlerke, Matthiasstr. 26,
- Herrn Rannert, Hubenstraße 80.

Fahrradgeschäft Dohy, Hobtenstraße 18.

Zu diesen Geschäften sind in einigen Tagen auch die Programme für das heitere Volkskonzert am 21. April zu haben.

Volksvorstellungen am ersten Osterfeiertage.

Am Osterfest finden zwei Volksvorstellungen, die vom Bildungsausschuß veranstaltet werden, statt. Im Thalia-Theater kommt nachmittags 3 1/2 Uhr George Dornes Schauspiel „Der Hüttenbesitzer“

zur Aufführung. Billets zum Preise von 10 bis 70 Pfennigen sind noch in der Expedition der Volksmacht zu haben. Im Lobe-Theater kommt zur Aufführung:

„Das Sonnenröhren-Höllensicht“

ein Traumbild von Paul Apel. Hier stehen uns nicht alle Billets zur Verfügung, sondern nur folgende Ränge:

- Barrett, Barrettkloge 90 Pf.
- Orchesterloge, 1. Rang 90 „
- 2. Rang Mittelloge 75 „
- 3. Rang 60 „

Beginn der Aufführung 8 1/2 Uhr, der Biletverkauf findet für diese Vorstellung heute Dienstag abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause statt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen. Mittwoch, den 8. April, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 3/4: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Schlußberatung der Anträge zur Generalversammlung in Berlin. Referent: Kollege Lohse. 2. Wahl eines Delegierten und 1. Vertreters zur Generalversammlung nach Berlin. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand!

Achtung, Steinseker, Hammer und Hilsarbeiter. Die Mitglieder-Versammlungen Dienstag, den 2. und Mittwoch, den 3. April werden nicht abgehalten. Die Ortsverwaltung.

An die Arbeiter-Jugend. Am Karfreitag wird im „Schweizerhof“, Schweigerstraße 23, eine Versammlung für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen abgehalten, zu der auch ganz besonders die Arbeitereltern eingeladen sind. Einem Vortrage des Genossen Karl Donski über „Das Christentum und seine Entwicklung zur Weltreligion“ folgt ein geistliches Vortragsmahl. Wir bitten alle Arbeitereltern, ihre schulentlassenen Kinder auf diese abends um 6 Uhr beginnende Versammlung aufmerksam zu machen.

Die Osterrantenkasse für das Steinbrücker-Gewerbe zu Breslau hatte im Jahre 1911 eine Einnahme von 19987 Mark 64 Pfennige und eine Ausgabe von 17707 Mark 85 Pfennigen. Die Mitgliederzahl beträgt 410, das Vermögen 11 898 Mark 88 Pfennige, der Reservefond 8882 Mark 5 Pfennig.

Schwerer Straßenbahnunfall. Am Montag nachmittags gegen 2 1/2 Uhr wurde auf der Reichelstraße die neunjährige Tochter des Ziegelbrücker Kohlsdorf von der Weißgerbergasse von einem herankommenden Straßenbahnzug umgefahren und geriet unter die Schutzbreiter. Nachdem das Kind aus seiner gefährlichen Lage befreit worden war, wurden Samariter der Feuerwehr herbeigeholt, die dem Mädchen, das schwere Verletzungen an den Beinen erlitten hat, einen Notverband anlegten und es mittels Krankenwagens der Feuerwehr in das Allerheiligen-Hospital schafften. Das Kind ist in den Straßenbahnzug hineingekollert.

Vermisst wird seit dem 18. März das Dienstmädchen Bertha Pabel, das 16 Jahre alt ist und Parkstraße 84 in Stellung war. Es ist 1,54 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, braune Augen, stumpfe Nase und ist von unterseher, voll entwickelter Gestalt. Es trug volle Frauenkleidung. Ferner ist der Laufbursche Max Dörmelmann, der 16 Jahre alt ist und Westendstraße bei der Mutter wohnte, seit dem 8. März vermisst worden. Er ist 1,50 Meter groß, hat schwarzes Haar, graue Augen, schlanks Gestalt und trägt als besonderes Kennzeichen hinter dem linken Ohr eine Schnittwunde. Besteht war er mit dunkelgrauem Jodettanzug und grauem weichen Filzhut.

Vertragsmäßiger „Kaufmännischer Verein“. Ein Kaufmann Adolf Reich begründete vor einiger Zeit in Frankfurt a. M. einen „Verein junger Kaufleute“, der angeblich bezweckte, jungen stellunglosen Kaufleuten unentgeltlich Stellung im In- oder Auslande zu verschaffen. In etwa 40 deutschen Zeitungen wurde diese Gründung durch Anzeigen bekanntgegeben und zum Beitritt aufgefordert. Dieser Aufruf hat zweifellos Wirkung gehabt, denn auch aus Breslau hat sich eine Anzahl junger Kaufleute, die Stellung suchten, zum Eintritt gemeldet und den gleich bedeutenden Vereinsbeitrag eingekandt. Stellungen hat aber der Vereinsgewand keine beider, denn die

ganze Gründung war eine betrügerische und bezweckte, die jungen Leute um den Vereinsbeitrag zu prellen. Dergleichen sind die Zeitungen, die auf Kredit die Annoncen aufnahmen, um die Einrückungsgebühr zu prellen. Der Gründer Adolf Reich ist dieser Tage in Frankfurt a. M. festgenommen worden. Eine Anzahl betrogenen junger Kaufleute ist in dieser Sache bereits vernommen worden, weitere Beschädigte werden ersucht, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 48, zu melden.

Beschlagnahme wurde ein mit einem Brillanten versehener Reifling, der zweifellos von einem Diebstahl herrührt. Der Ring trägt als Zeichen die Buchstaben E. M. und ein Datum. Der Eigentümer melde sich im Polizeipräsidium Zimmer 56.

Gesunden wurden zwei Verbedeckte, eine silberne Herrenuhr, eine schwarze Damenhandtasche mit Zufaß, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Brieföffner, eine Brosche, ein Porzellanstück mit Stahlbügel, ein Oberglas mit Futteral, eine silberne Taschenuhr, ein Schlüsselbund, ein Hüßänger. — Zu erfragen im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Neueste Nachrichten.

Wiedertwahl Ferris.

Rom, 1. April. Der wegen seiner Haltung im Tripoliskrieg von der sozialistischen Partei desabonnierte frühere sozialistische Führer Enrico Ferris ist heute in seinem alten Wahlkreis Gorgona mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. — Zum Anlauf von Militärs-Veroplane ist eine Sammlung eingeleitet worden. Ein in Paris lebender Italiener gab allein 200.000 Francs. Aus allen Teilen des Landes laufen reiche Spenden ein.

Der englische Streik dauert an!

London, 2. April. Im Laufe des gestrigen Tages hatte das Referendum immer noch eine Mehrheit zugunsten der Wiederaufnahme der Arbeit aufzuweisen. Gestern abend hat nun die Lage eine Verschiebung erfahren, die für das englische Wirtschaftskleben von weittragenden Folgen sein kann. Das Resultat der Stimmenabgabe ist nun folgendes: Für die Wiederaufnahme der Arbeit wurden 90 796 Stimmen abgegeben, während 94 643 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks waren. Währen bis bisher schon eine Mehrheit von 3747 Stimmen für die Fortsetzung des Streikes vorhanden.

Rom, 2. April. Der Zustand der englischen Kohlengrubenarbeiter droht auch seine Rückwirkung auf den Hafen von Genua auszuüben. Ueber dreitausend Arbeiter sind hier beschäftigt, da sie hauptsächlich mit dem Aus- und Verladen der aus England hier angekommenen großen englischen Kohlenkisten beschäftigt sind. Da diese Kohlenladungen nunmehr ausbleiben und keine Schiffe zu verladen sind, haben sie keine Arbeit. Tausend Familien befinden sich somit in großer Not. Auch in Savona macht sich die Rückwirkung des englischen Grubenarbeiterstreiks bemerkbar. Dort sind über tausend Arbeiter beschäftigungslos.

Der Streik in Amerika.

New York, 2. April. Infolge des Abfalls ihrer dreijährigen Lohnverträge und -Kontrakte haben gestern 420.000 Bergarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter verlangten durchschnittlich 10 bis 15 Prozent Lohnerhöhungen, während ihnen von den Arbeitgebern meist nur 5 Prozent Lohnaufbesserung zugestanden wurden. Infolgedessen proklamieren sie gestern den allgemeinen Ausstand. Die Stimmung ist eine äußerst zweifelhafte. Man erwartet, daß der Streik bald beigelegt sein wird.

Wetternachrichten der Univeritäts-Sternwarte.

Nach Beob. Ostzeit d. i. M. G. S. + 8 Uhr.	31. März	1. April	2. April			
	Nm. 2 Uhr	Abd. 8 Uhr	Nm. 2 Uhr	Abd. 8 Uhr		
Lufttemperatur (C) . . .	+7,6	+5,6	+6,3	+13,2	+9,1	+4,7
Lufttemperatur (F) . . .	45,7	42,1	43,3	55,8	48,4	38,5
Lufttemperatur (mm) . . .	4,1	4,4	6,0	6,0	7,5	5,8
Lufttemperatur (°) . . .	32	48	70	63	91	91
Wind (0-12)	W 4	EO 2	EO 2	EO 2	SW 1	SW 8
Weiter	gl. heiter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 6,70. Gestern abend und nachts Regen. *) Zur Reduktion auf Meeresebene sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand					
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand					
2,4	1,70	0,90	2,28	0,18	3,76	1,42	4,58	2,40	1,36	1,12	5,16	1,12	0,98	1,59
1,4	1,70	0,84	2,21	0,14	3,82	1,74	4,60	2,58	1,37	1,13	5,08	1,14	0,92	1,66
Differenz	1,00	0,06	0,07	0,04	0,04	0,08	0,08	0,02	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01

*) Anzeigerhöhe i. Rottweil 3,50; für Trossen (Ober-) Höhenmessung 8,27.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus

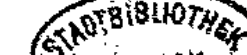
Dienstag, den 2. April. Bezirksleitung. Nachmittags 5 Uhr Sitzung. Steinseker-Verein. Versammlung im Zimmer 1. Dachdecker-Verein. Versammlung im Zimmer 3. Mittwoch, den 3. April. Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1. Hausflößer der Kleinrentner. Versammlung im Zimmer 2. Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 3. Donnerstag, den 4. April. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 1/2 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 5. April. Öffentliche Versammlung mit Vortrag von Prediger Eichorn. Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land) Neumarkt.

Land-Distrikt 1 (Grünliche, Zimpel). Donnerstag, den 4. April, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Poremba in Grünliche. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stowig. 2. Bericht über die Generalversammlung. 3. Unsere Reiseleiter. 4. Verschiedenes. Die Mitgliederbücher sind mitzubringen.

Land-Distrikt 3 (Bezirk Schwittitz, Friedewalde, Gadowen, Carlowitz). Montag, den 8. April, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung bei Graf in Friedewalde. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stowig. 2. Unsere Reiseleiter. 3. Bericht über die Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Land-Distrikt 7 (Bezirk Klein-Rochberg, Maria-Götschen, Reuth). Freitag, den 5. April, nachmittags 4 Uhr: Allgemeine Frauerversammlung bei Frau Müller in Maria-Götschen. Tagesordnung: 1. Mehr Schutz den Arbeiterfrauen und Kindern. Rednerin: Genossin Lamatsch aus Breslau. 2. Freie Ansprache. Zu dieser Versammlung haben auch die Genossen Zutritt.

Land-Distrikt 16 (Bezirk Stabelwitz, Rarischwitz, Herrschroff). Sonntag, den 7. April, nachmittags 4 Uhr: Distriktsversammlung bei Weiß (Dorf) in Stabelwitz. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Redner ist anwesend. Die Mitgliederbücher sind mitzubringen.



Abzahlungsgeschäfte

Wäbel u. Waren... Adolf Schröter, Ring Nr. 2, Zum Blücher...

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco... Thomas Brause, Dudenstr. 93, Regentabl. Brause...

Arbeiter-Garderobe

Gustav Knauerhase, Arbeitergarderobe, Neumarkt 45...

Bäckereien und Konditoreien

Wagner, August, Wietlandstr. 5, Wagner, W. Schwanstr. 12, W. Schmidt, Köpplingerstr. 18...

Badeanstalten

Prichthof, Ob. Neue Gasse 14

Bandagisten

Fritz, W., Reudersstr. 36, Reudersstr. 36...

Berufskleidung

Julius Krenel, v. L. Fuchs, in Berlin 21-77

Brauerei

Brauerei Saccan S. S., Bennefisch-Brauerei, Schenkwirt, Hopf & Gönke...

Blumenhandlung und Kränze

Brügger, W., W. W. Rast, Hintermarkt 2, Rasthof, R., Rasthofstr. 61

Blusen u. Kostüme

Verl. u. Blusen u. Röden, Rasthofstr. 61

Café

„Wachtplay“, Täglich, Rasthofstr. 61, abends 9 Uhr

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Ohlauerstr. 7, Ohlauerstr. 7

Drogen und Farben

Altkade-Drug, Schlegel, Rasthofstr. 21, Altkade-Drug, Schlegel, Rasthofstr. 21

Eisen- u. Stahlwaren

Böckmann, Karl, Dudenstr. 34/36, Carl Jodel, Rasthofstr. 33/35, Rasthof, R., Rasthofstr. 170

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen, Rasthofstr. 61

Fische u. Meereswaren

Barnert, Oscar, Rasthofstr. 18

Er scheint Small währentlich

Neptun & Orner, vorm. Gebr. Sed. Dudenstr. 34, Dudenstr. 34

Friseur und Barbier

Wolke, W., Neue Laupenstr. 47

Flascherei u. Wurstfabriken

W. G. G., Dudenstr. 18, W. G. G., Dudenstr. 18

Garten- u. Teppiche

Bielshorn, O. J., Rasthofstr. 75-76

Galanterie- und Spielwaren

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Grabenkammer

Gebr. J. Benjamin, Rasthofstr. 75-76

Bezugsquellen-Verzeichnis

Haus- u. Kochengeräte, Glas- u. Porzellanhdg.

Bayer, S., Talchstraße 1, Campusstr. 115

Herm. Sachs Nachf., Adalbertstr. 20, Wirtschfts-Kassier.

Hängelampen, Tischlampen etc., Reimer, Rudolph, Reimer, Wilhelmstr. 76

Horren-Garderobe, W. G. G., Dudenstr. 18

Knauerhase, W., Arbeitergarderobe, Neumarkt 45

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Möbel-Magazin, W. G. G., Dudenstr. 18

Malzkaffee

Hillmann Malzkaffee, der Arbeiterschaft empfohlen, Hillmann & Kirchner, Breslau

Manufaktur-Modewaren, Feige, Anna, Größelstraße 49

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Milch- und Butterhandlungen, W. G. G., Dudenstr. 18

Die Feiern bei

Ständchen empfahlen, Rother, O. (Hb. Rb.), Rasthofstr. 21

Stadt Ofen, Thiel, Josef, Rasthofstr. 10

Sargmagazine, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Seifen-Föll, G. G. G., Dudenstr. 18

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21

Kaufhaus „Adler“, Rasthofstr. 21